Stand: 15.07.2025 07:54:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/20321

"Haushaltsplan 2022; hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen (Kap. 02 03 Tit. 685 53)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/20321 vom 08.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/21894 des HA vom 17.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/22126 vom 05.04.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 05.04.2022 (EPL 2)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.02.2022 **Drucksache** 18/**20321**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Markus Bayerbach, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2022;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen (Kap. 02 03 Tit. 685 53)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 685 53 (Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen) von 12.000,0 Tsd. Euro um 12.000,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Die Verpflichtungsermächtigung wird gestrichen.

Die eingesparten Mittel werden in Kap. 13 06 TG 51-64 und Kap. 13 60 TG 51-52 zur Verringerung der Schuldenaufnahme bzw. Erhöhung der Tilgung am Kreditmarkt verwendet.

Begründung:

Durch die von der Bundesregierung verursachte Grenzöffnung des Herbst 2015 stiegen die Ausgaben für Asyl- und Integrationsleistungen in Bayern massiv an. Bis heute gab der Freistaat in diesem Bereich Mittel im zweistelligen Milliardenbereich aus und stellt jährlich weitere Milliarden im Staathaushalt dafür ein. Zusammengefasst werden diese Ausgabeansätze seit dem Nachtragshaushalt 2016 im sogenannten „Zuwanderungs- und Intergrationsfonds“. Der vorliegende Änderungsantrag befasst sich mit einem Haushaltstitel oder mehreren Haushaltstiteln, die Teil dieses Fonds sind. Die dort eingestellten Mittel werden reduziert und an anderer Stelle für den Freistaat Bayern verwendet. Der Freistaat soll diese Ausgaben nicht weiter tragen. Da die damalige Bundesregierung die Grenzöffnung, mit all ihren Verwerfungen und Kosten in Milliardenhöhe, zu verantworten hat, muss der Bund gemäß dem Verursacherprinzip hierfür die Kosten tragen. Im Übrigen sind die Erfolge der ausgabenintensiven Fluchtursachenbekämpfung seit Jahren überschaubar. Auch in Zeiten der Coronapandemie haben die Fluchtbewegungen nach Europa nur für wenige Monate einen Rückgang erlebt. Momentan steigen die Zahlen der Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas wieder stark an.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.02.2022 **Drucksache** 18/**21894**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2022; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichterstatter: **Harald Kühn**
Mitberichterstatter: **Tim Pargent**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Bei Kap. 02 03 Tit. 684 58 wird der Ansatz
in 2022
von 360,0 Tsd. €
um 20,0 Tsd. €
auf 380,0 Tsd. €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Haushaltsvermerke bei Kap. 02 03 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Mit dieser Änderung ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Alexander König, Josef Zellmeier u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2022;
hier: Maßnahmen zur Förderung des europäischen und internationalen Schüler- und Jugendaustausches
(Kap. 02 03 Tit. 684 58)
Drs. 18/20478
e r l e d i g t .

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20190

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/20191

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Ministerien
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20224

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 02 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20225

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20317

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
   (Kap. 02 03 Tit. 422 31)
   Drs. 18/20318

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/20319

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
   (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
   Drs. 18/20320

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Markus Bayerbach, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
   (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
   Drs. 18/20321

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Markus Bayerbach u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/20322

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stiftung "Wertebündnis Bayern"
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 18/20323

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
    (Kap. 02 03 Tit. TG 53)
    Drs. 18/20324

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 123. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

   mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Anlage 1 zu 12/14/16/19/23-H 1108.15-1/40

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Haushalt 2022

zum

Entwurf des Einzelplans 02

Ministerpräsident und Staatskanzlei

sachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar
e Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

02 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Ausgaben			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
531 21-3 013	Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung *Vermerk unverändert.*	A B	1.826,8 +220,0	2.046,8
535 01-3 011	Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung *Vermerk unverändert.*	A B	3.371,0 +1.113,0	4.484,0
	Gesamtausgaben	A B	37.450,4 +1.333,0	38.783,4
	Abschluss			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	415,5 -	415,5
	Gesamteinnahmen	A B	415,5 -	415,5
	Personalausgaben	A B	240,8 -	240,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	16.434,8 +1.333,0	17.767,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	20.589,1 -	20.589,1
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	185,7 -	185,7
	Gesamtausgaben	A B	37.450,4 +1.333,0	38.783,4
	Zuschuss	A B	37.034,9 1.333,0	38.367,9

Erläuterungen

Zu 02 03/531 21
Mehr 220,0 Tsd. € wegen zusätzlicher Öffentlichkeitsmaßnahmen im Rahmen des G7-Gipfels 2022.

Zu 02 03/535 01
Mehr 1.113,0 Tsd. € wegen zusätzlicher protokollarischer Maßnahmen im Rahmen des G7-Gipfels 2022.

Epl. 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2022 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2022 Tsd. €
1	2		3	4
	Abschluss Epl. 02			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	495,5 -	495,5
	Gesamteinnahmen	A B	495,5 -	495,5
	Personalausgaben	A B	53.413,9 -	53.413,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 200,0*	A B	29.598,4 +1.333,0	30.931,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 11.076,0*	A B	49.629,1 -	49.629,1
	Baumaßnahmen	A B	5.310,0 -	5.310,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.076,6 -	2.076,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	215,0 -	215,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	217,8 -	217,8
	Gesamtausgaben *Verpflichtungserm. 2022 Tsd. € 11.276,0*	A B	140.460,8 +1.333,0	141.793,8
	Zuschuss	A B	139.965,3 1.333,0	141.298,3

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 05.04.2022 **Drucksache** 18/**22126**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20190

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
   (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/20191

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Ministerien
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20224

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
   (Kap. 02 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20225

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20317

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
   (Kap. 02 03 Tit. 422 31)
   Drs. 18/20318

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/20319

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
   (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
   Drs. 18/20320

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Markus Bayerbach, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
   (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
   Drs. 18/20321

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Markus Bayerbach u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/20322

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 18/20323

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
    (Kap. 02 03 Tit. TG 53)
    Drs. 18/20324

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Alexander König
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Toni Schuberl
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Florian von Brunn
Abg. Petra Högl
Abg. Martin Hagen
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Michael Hofmann
Abg. Martin Böhm
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Markus Rinderspacher

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2022

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Interfraktioneller Änderungsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs.18/20478)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/20224 und 18/20225)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/20317 mit 18/20324)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/20190 und 18/20191)

Ich begrüße dazu den Ministerpräsidenten.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 119 Minuten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf Drucksache 18/20319 und auf Drucksache 18/20324 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Alexander König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushaltsplan 2022 ist die in Zahlen ausgedrückte Politik unseres Ministerpräsidenten Markus Söder, seiner Staatsregierung und der Regierungsfraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns – und ich füge gleich hinzu: Die ist sehr gut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sorgen für Stabilität und Zukunft, für wirtschaftliche Prosperität, für sozialen Ausgleich und für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Sicherheit und Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger stehen an erster Stelle, aber wir kümmern uns auch um die Menschen, die aus einem Krieg in Europa zu uns flüchten. Dabei unterstützen wir die Kommunen, die hier wieder einmal besonders gefordert werden.

Neben allen aktuellen und sich oft auch ändernden Herausforderungen stellen wir Bayern bestmöglich für die Zukunft auf. Wir wollen das hohe Niveau in allen Lebensbereichen für unsere Bürgerinnen und Bürger halten und ausbauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb sind Klimaschutz, Energieversorgung, Bildung und Forschung die Schwerpunktthemen der nächsten Jahre; dafür steht auch unser Ministerpräsident Markus Söder. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns können sich darauf verlassen, dass die CSU bei diesen Schwerpunktthemen Maßstäbe setzt, ohne das nötige Augenmaß zu verlieren.

Nur in einer intakten und gesunden Welt können wir gut leben. Nur mit einer umweltgerechten, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung können wir erfolgreich wirtschaften. Nur mit bestens ausgebildeten Menschen und größtmöglichen Forschungsanstrengungen zu allen Zukunftsthemen können wir den internationalen Wettbewerb gewinnen. Das sind die Zukunftsthemen, um die wir uns kümmern. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf uns verlassen. Wir sorgen für Stabilität und Fortschritt.

So gibt der Haushalt 2022 Stabilität in unsicheren Zeiten. Mit dem Sonderfonds Corona-Pandemie mit 4,8 Milliarden Euro sowie dem Zuwanderungs– und Integrationsfonds mit 1,67 Milliarden Euro stellen wir uns den aktuellen Herausforderungen. Insgesamt planen wir übrigens für das Gesundheitswesen Kosten von 5,6 Milliarden Euro ein.

Mit kräftigen Investitionen fördern wir nachhaltiges und selbsttragendes Wachstum und führen Bayern in die Zukunft. 11,4 Milliarden Euro an Investitionen und eine Investitionsquote von 16 % sind ein ganz starkes Zeichen für Bayerns Zukunft in einer schwierigen Zeit, aber auch Beweis dafür, dass wir Wissenschaft und Forschung, Innovationen und Investitionen als die Grundlagen für Bayerns wirtschaftliche Zukunft ansehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Haushalt birgt auch Unsicherheiten. Viele Flüchtlinge kommen zu uns, aber wer weiß, wie viele? – Wir unterstützen unsere Kommunen bestmöglich und übernehmen weiterhin 100 % der Kosten der Unterbringung. Auch die Corona-Pandemie bleibt haushaltsrelevant; wir führen den Sonderfonds Corona-Pandemie fort.

Insgesamt bleibt das Haushaltsvolumen trotz Inflation mit 71,1 Milliarden Euro stabil. Die im Jahr 2020 von uns allen im Angesicht der Pandemie genehmigte Kreditermächtigung in Höhe von 20 Milliarden Euro wurde bis heute nicht ausgeschöpft, sodass die auf das Jahr 2022 entfallende erforderliche Kreditermächtigung in Höhe von 5,8 Milliarden Euro damit noch abgedeckt ist.

Ja, wir haben mehr Schulden gemacht als andere Bundesländer, aber Bayern hat auch mehr geholfen. Allein für unsere Kommunen haben wir deutlich mehr als 3 Milliarden Euro aufgenommen. Die Zinsausgabenquote beträgt in Bayern voraussichtlich 0,8 %, aber durchschnittlich über 2 % bei den übrigen westdeutschen Flächenländern. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Bayern bei 2.810 Euro – das sind Zahlen, die man sich merken sollte – und bei den übrigen westdeutschen Flächenländern bei 8.645 Euro. Bayern erhält als einziges deutsches Bundesland von den Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's die Bestnote; darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So langweilig das für manche Landtagsjournalisten, die die Arbeit der CSU zum Teil schon über Jahrzehnte hinweg verfolgen, vielleicht auch sein mag: Bayern hat auch weiterhin die solidesten Staatsfinanzen; in vielen anderen Ländern wäre das eine Sensationsmeldung. Während anderswo mit Ergänzungshaushalten und Schattenhaushalten an den Grenzen der verfassungsrechtlichen Legalität getrickst wird, liegen bei uns in Bayern die Zahlen auf dem Tisch, wie es die Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit verlangen. Das ist traditionelle CSU-Politik, die wir auch mit dem Haushalt 2022 zusammen mit unserem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, gerne fortsetzen.

Trotz aller Krisen nehmen wir mit unserem Haushalt niemandem etwas weg – im Gegenteil: Wir halten das Familiengeld mit 770 Millionen Euro aufrecht, auch wenn es die GRÜNEN streichen wollen, weil die Familien bei ihnen wahrscheinlich ein Auslaufmodell sind. Wir halten trotz Oppositionskritik am Landespflegegeld als Anerkennung und Unterstützung fest. Wir unterstützen unsere Kommunen trotz rückläufiger Steuereinnahmen mit einem kommunalen Finanzausgleich von über 10,5 Milliarden Euro. Wir investieren 24,7 Milliarden Euro allein in Bildung und Wissenschaft. Als Zuckerl sei noch genannt: Für die Technologieoffensive Hightech Agenda Bayern sehen wir weitere 1.000 Millionen Euro vor.

Auch in diesem Jahr gibt es wieder 1.120 neue Lehrerstellen und weitere 100 Stellen für die Jugendsozialarbeit an unseren Schulen. Mit 500 weiteren neuen Stellen für die Polizei erreichen wir den personellen Höchststand bei der Polizei aller Zeiten. Für Sicherheit und Rechtsschutz sind im Haushalt 2022 insgesamt 7,7 Milliarden Euro vorgesehen, davon dient allein eine halbe Milliarde Euro für die Sachausstattung unserer Polizei. Weil ich schon ein paar Jahre länger im Landtag bin, kann ich mich noch an Klagen aus Polizeidienststellen über verbrauchte Dienstfahrzeuge erinnern. Das ist aber schon sehr lange her; das ist wirklich Vergangenheit. Heute ist unsere Polizei bestmöglich ausgestattet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Für den Klimaschutz stellen wir mit dem Programm "Klimaland Bayern" weitere 1.000 Millionen Euro bereit, die von den verschiedenen Häusern möglichst effizient investiert werden wollen.

Die Familienpolitik ist traditionell ein Schwerpunkt unserer Sozialpolitik.Vor Jahren erklärte ich mal im Wirtshaus auf einer Versammlung, dass sich mittlerweile unsere Ausgaben allein für die Kindertageseinrichtungen von einer halben Milliarde auf eineinhalb Milliarden erhöht hätten. Kolleginnen und Kollegen, das ist schon lange her, seit ich das gesagt habe. Für 2022 planen wir mittlerweile sage und schreibe 2,9 Milliarden Euro alleine für die Kindertageseinrichtungen in Bayern ein. Das ist eine gigantische Leistung bayerischer Sozialpolitik für unsere Kinder und Familien!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt enthält auch Sonderkosten. Ich nenne nur beispielshalber das Thema G7-Gipfel. Die Bundesregierung möchte den nächsten G7-Gipfel ja wiederum im schönen Ellmau in Bayern abhalten. Allein dadurch entstehen erhebliche Kosten. Allein die Sicherheitskosten werden zurzeit auf 190 Millionen Euro geschätzt. Ich verstehe gut, dass Bundeskanzler Scholz den Gipfel nicht in seiner früheren Hansestadt Hamburg, sondern wieder in Bayern abhalten will. Aber ich glaube, es ist auch verständlich, dass wir den Bund auffordern, für diese Bundesveranstaltung auch die Kosten zu übernehmen. Ich bitte die Ampelkoalition, uns in Bayern dabei zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Haushalt 2022 umfasst wiederum nur ein Jahr und ist wiederum kein Doppelhaushalt, Kolleginnen und Kollegen, weil kurzfristiges und flexibles Handeln erforderlich bleibt. Aber er ist ein Zeichen der Wahrheit und Klarheit! Ich danke der Staatsregierung im Allgemeinen und unserem Finanzminister Albert Füracker mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Besonderen sehr herzlich für die sachgerechte, realitätsnahe Aufstellung dieses großen Zahlenwerkes, das im Verlauf des

Aufstellungsverfahrens auch immer wieder an neue Realitäten angepasst werden musste. Ganz herzlich danke ich aber auch unserem Haushaltsausschussvorsitzenden, dem lieben Kollegen Josef Zellmeier, und allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die zielorientierte und sorgfältige Beratung des Entwurfs der Staatsregierung.

Kolleginnen und Kollegen, wie immer oder fast wie immer kann man jeder Suppe noch eine Prise Salz oder eine Prise Pfeffer zugeben. Man kann auch immer wieder versuchen, in jeder Suppe ein Haar zu finden. Wenn aber eine Suppe gesund, schmackhaft und innovativ serviert wird, dann, Kolleginnen und Kollegen, vor allem Kolleginnen und Kollegen der Opposition, sollte man diese auch loben, anstatt DNA-Spuren vom Haar in der Suppe zu suchen. Das sage ich schon mal vorweg.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen, bitte ich das Hohe Haus, in schwierigen Zeiten zu erkennen, dass dieser Jahreshaushalt 2022 nicht nur auf der einen Seite die aktuellen Herausforderungen bestmöglich meistert, sondern auf der anderen Seite auch den großen Zukunftsaufgaben vollumfänglich gerecht wird.

CSU und FREIE WÄHLER kümmern sich um die Menschen in Bayern und um unsere gute Zukunft in Bayern. Dafür stellen wir auch mit dem Haushalt 2022 einen Haushalt auf, der kaum Wünsche offenlässt. Da wir als Haushaltsgesetzgeber natürlich bei Beschluss nicht die Einnahmen festsetzen können – manche Leute draußen denken das –, sondern nur die Ausgaben, sind wir alle miteinander darauf angewiesen, dass die Steuereinnahmen hoffentlich so fließen werden wie angenommen, damit der Haushalt am Ende des Jahres aufgeht.

Bei den Ausgaben haben wir alle Lebensbereiche, Aktualitäten und Zukunftsanforderungen bestmöglich berücksichtigt. Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 2022 ist im wahrsten Sinne des Wortes ein großer Wurf.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich schlage allen Mitgliedern des Hohen Hauses begeisterte Zustimmung und vollumfängliches großes Lob für die Staatsregierung, unseren Finanzminister Albert Füracker und die Regierungsfraktionen vor.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Ludwig Hartmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Welt wird gerade von mehreren Krisen erschüttert: Klimakrise, Corona-Pandemie, Putins Angriffskrieg in der Ukraine. Den Menschen in Bayern, in Deutschland, in Europa macht das Angst und bereitet berechtigt Sorgen. Die Bilder, die wir seit 41 Tagen aus der Ukraine erleben, wo Väter ihre Kinder umarmen, um sich von ihnen zu verabschieden, vielleicht für immer, weil sie in den Krieg ziehen, treiben einem Tränen in die Augen. Die Bilder von den russischen Kriegsverbrechen sind unerträglich.

Ich bin froh und stolz, dass wir so viele ehrenamtlich tätige Menschen im Land haben, die mit anpacken, um den Menschen zu helfen, die vor diesem Krieg fliehen konnten. Ein ganz großes Dankeschön in unserem Namen für ihre Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Es ist richtig: Wir alle sind am 24. Februar in einer anderen Welt aufgewacht. Unsicherheiten greifen um sich. Die Gesellschaft braucht jetzt dringend alle Bindekräfte der Politik und einen handlungsfähigen Staat.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn die Wellen hochschlagen, braucht es eine klare Hand am Steuerrad, einen Kompass aus Werten, Überzeugungen, klugen Ideen, um den Kurs durch die stürmische See zu halten. "Um einen Hafen zu erreichen, müssen wir segeln – segeln, nicht ankern –, segeln, nicht treiben." So hat es Franklin Roosevelt einmal sehr passend gesagt.

Lieber Herr Ministerpräsident, wenn es nach Franklin Roosevelt geht, werden Sie kein großer Steuermann mehr. Sie segeln nicht, Sie lassen sich bestenfalls treiben. Das zeigt der Haushalt ganz deutlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Politik zeigt uns: Ihr Anspruch endet häufig bereits da, wo es um die Befriedigung von Einzelinteressen geht. Aber zu glauben, wenn jedem Einzelnen geholfen wird, hat man das große Ganze geschaffen, greift zu kurz. Seit zehn Jahren, erst als Finanzminister, jetzt als Ministerpräsident, haben Sie mit die Verantwortung über die Staatsfinanzen. Die Ausgaben – das ist richtig – sind gewaltig gestiegen, seit 2012 bis 2020 um über 50 %. Das ist per se nicht schlecht – wenn das Geld richtig investiert wird. Aber wir sehen, dass man oft immer wieder mit Geld um sich schmeißt, ohne Strukturen grundlegend zu ändern, ohne in unsere Zukunft richtig zu investieren. Da muss sich etwas ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir eine Anmerkung, auch wenn sie etwas zugespitzt ist. Ich habe schon das Gefühl, Ihnen ging es in den letzten Jahren immer wieder darum, jedem so viel zu geben, dass die Mehrheit der CSU gesichert wird. Aber das ist doch nicht der Gestaltungsanspruch, um wirklich die Aufgaben in unserem Land zu meistern. Das letzte Jahrzehnt war ein Jahrzehnt der verpassten Chancen und des fehlenden Weitblickes. Das rächt sich gerade bitter, erst recht in dieser Krise, erst recht in der Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei kurze Beispiele dafür, was ich meine, zunächst das Landespflegegeld, auch von Ihnen angesprochen: Hierfür wurden bereits seit 2018 1,5 Milliarden Euro ausgegeben.

(Beifall)

Kein einziger Pflegeplatz wurde damit geschaffen – da können Sie klatschen. Keine einzige Kurzzeitpflegekraft wurde damit geschaffen. Damit wurde keine ambulante Pflege aufgebaut. Damit wurde nichts Konkretes in der Struktur gefördert. Die strukturelle Wirkung dieser Maßnahme ist leider null. Das ist zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder nehmen wir das Thema Kindertagesstätten, auch von Ihnen angesprochen. Statt mehr Betreuungsplätze zu schaffen, vor allem Hortplätze für die Schulkinder – da besteht nämlich die Herausforderung –, statt das Kinderbetreuungsangebot so aufzubauen, dass es sich an die Lebensrealität der jungen Eltern anpasst und sich nicht die Eltern an das Betreuungsangebot anpassen müssen – das wäre richtige Politik –, geben Sie viel Geld für eine Zahlung an die Eltern aus, die Kinder im Krippenalter haben. Das ist schön für den Moment, aber alles andere als nachhaltig, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuckerl in Form von Zusatzeuros auf den Konten helfen vielleicht Einzelnen, lösen aber nicht die Probleme unserer Gesellschaft – schon gar nicht in diesen Zeiten –, und darauf kommt es jetzt in Krisen umso mehr an. Da hätten wir uns deutlich mehr erwartet. Wenn man unsere Schulen, unsere Unis, unser Schienennetz, unsere Bahninfrastruktur, die kommunalen Schwimmbäder und die digitale Verwaltung ansieht – wir haben das die letzten Monate ja deutlich erlebt –, sind das alles Baustellen, die nicht richtig angepackt werden, große Baustellen, die große Investitionen in das Gemeinwohl nötig machen.Hier geht es um das Gemeinwohl. Hier geht es um das große Ganze. Da muss mehr geliefert werden. Da wurden in den letzten zehn Jahren leider viele Chancen vertan. Man kann es auch anders sagen: Die Streuverluste Ihrer Ausgabenpolitik sind leider immens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie geben viel Geld aus. Die entscheidenden Herausforderungen packen Sie aber nicht an. Ein dicker Geldbeutel ist noch lange kein Garant für gute Politik, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gute Politik lebt von Überzeugung und Haltung. Gute Politik lebt vom Gestaltungswillen, vom Willen, sich Herausforderungen zu stellen und Krisen zu meistern, nicht vom Trostpflaster, das man verteilt. Sie geben viel Geld aus und bleiben trotzdem vieles schuldig, zuallererst eine klare Vision für die Zukunft Bayerns oder auch ein klares Bekenntnis, was Ihrer Meinung nach erhalten und was verändert werden muss oder wo langfristig mehr investiert werden muss und wo weniger. Ich vermisse bei Ihnen einen klaren Kurs. Aber gerade dann, wenn eine Krise auf andere Krisen trifft, braucht es Haltung und Orientierung in der Politik.

Lassen Sie uns nicht die eine Krise gegen die andere ausspielen! Lassen Sie uns nicht die Nahrungsmittelproduktion gegen den Arten- und Naturschutz ausspielen. Lassen Sie uns nicht Windstrom gegen Sonnenstrom ausspielen. Lassen Sie uns nicht die berechtigten Ängste vor weiteren Preissteigerungen gegen die jetzt notwendigen Verschärfungen von Sanktionen ausspielen. Krisen zu meistern, ohne sie gegeneinander auszuspielen, das ist die Aufgabe unserer Zeit. Das ist die Verantwortung, die uns alle hier einen sollte, nicht trennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Putins Angriffskrieg in der Ukraine legt die Schwächen unseres Energiepfades schonungslos offen: zu abhängig, zu verletzlich, zu angreifbar, zu teuer und obendrauf noch klimaschädlich.

(Zuruf)

Das ist doch ganz deutlich geworden. Wir sind gefangen zwischen Öltankern und Pipelines. Die CSU-Energiepolitik der letzten Jahre hat uns in diese fossile Abhängigkeit getrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

– Sie werden doch nur laut, weil Sie ganz genau wissen, dass das so ist. Kein Bundesland ist so abhängig von russischem Öl und Gas wie Bayern. Das war Ihre Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Phantomdiskussion über eine Laufzeitverlängerung der hochgefährlichen Atomkraft hilft niemandem weiter. Dafür braucht es neue Brennelemente. Der Betreiber sagt selber: Das Uran dafür kommt aus Russland. – Das ist nicht die Lösung, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Es wird Zeit, endlich dorthin zu kommen, wo wir schon lange hin hätten müssen: hin zu einem Energiesystem, das von der Abhängigkeit von dreckigen Energieträgern befreit. Der grüne Bundeswirtschaftsminister stellt doch ganz deutlich die Weichen. Sie müssen nur auf diesen fahrenden Zug aufspringen – ganz einfach.

(Zurufe)

Er hat das Osterpaket angekündigt.

(Zurufe)

Er hat angekündigt, im Osterpaket genau das zu machen, was Sie eigentlich haben möchten. Er macht einen Booster für echten Solarstrom,

(Zurufe)

einen Sonnenstrombooster für Bayern mit der Verdoppelung der Einspeisevergütung. Sie gönnen es den Menschen in Bayern nicht, dass die Einspeisevergütung verdoppelt wird,

(Zuruf)

wenn man sich eine Anlage aufs Dach schraubt. Das ist erstaunlich. Das braucht es dringend, damit in Bayern mehr Solarstrom erzeugt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angedacht ist eine deutliche Verbesserung bei der Eigenstromgewinnung. Das kommt unzähligen Menschen in Bayern zugute, die bereits eine Anlage auf dem Dach haben.

(Zuruf)

Was hier in Berlin gemacht wird, ist gut für Bayern. Außerdem werden Mieterstrommodelle und die Beteiligung an Windparks ausgeweitet, damit alle an der Energiewende teilhaben können und mitmachen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist im wahren Sinne des Wortes ein grüner "Energiewendeturbo".

(Zuruf)

Von diesem Turbo profitieren alle Menschen. Gemeinsam schaffen wir ein sicheres, freies, demokratisches, klimaneutrales Energiesystem. Als Bonus dazu gibt es Versorgungssicherheit und stabile Strompreise. Das ist ein Angebot. Es wäre toll, wenn das größte Flächenland, Bayern, hier endlich mitmachen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit ist noch gar nicht Schluss. Wir denken auch an unsere vielen Unternehmen, die unter der hohen Strompreislast leiden. Wir wollen selbst produzierten Strom aus Wind

und Sonne für Unternehmen weitgehend von Abgaben befreien. Dafür werfen wir die bürokratischen Hindernisse endlich aus dem Energiewirtschaftsgesetz hinaus, die durch Ihre Politik in Berlin in den letzten zehn Jahren entstanden sind. Die kassieren wir jetzt im Interesse unserer Unternehmen. Das heißt, grüner Industriestrom soll weitgehend von Abgaben befreit werden. Damit sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und ermöglichen CO_2-neutrales Produzieren. Das ist doch ein Weg, der zeigt: Krisen gemeinsam meistern kann gehen, wenn man es wirklich will.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Davon profitieren nicht Einzelne durch Überweisungen auf das eigene Konto, sondern davon profitieren wir alle. Mehr Wertschätzung im Land, mehr Klimaschutz, mehr Freiheit – jedes einzelne dieser Argumente wäre doch genug, um bei der Energiewende endlich den Turbo einzulegen und Bayern zum Vorreiter zu machen, anstatt weiter auf der Reservebank zu sitzen. So meistert man Krisen gemeinsam.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich will angesichts des Ernstes der Lage bei unserer Energieversorgung nicht alle Ihre energiepolitischen Versäumnisse der letzten Jahre aufzählen. Dafür würde meine Redezeit wahrscheinlich gar nicht reichen. Was war, kann man auch nicht mehr ändern. Da bin ich bei Ihnen. Aber entscheidend ist doch, aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Das heißt: Unabhängigkeit in der Energieversorgung und vor allem Energieeffizienz und Voranbringen der erneuerbaren Energien in unserem Land. Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden. Wind und Sonne gehören niemandem. Sie sind für alle da. Deshalb muss Wind und Sonne auch hier in Bayern die Zukunft gehören, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedes neue Windrad und jede neue Solaranlage senkt in Bayern den Strompreis. Die Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenstrom ist bereits heute ein entscheidender Faktor für Unternehmensansiedlungen. Das haben wir zuletzt immer wieder gesehen. Die Unternehmen gehen in die Bundesländer, die ausreichend sauberen Strom anbieten können. Es ist höchste Zeit, dass unser Angebot hier größer wird.

Wind und Sonne ergänzen sich auch gut. Das ist kein Widerspruch, Herr Ministerpräsident. Ich kann meinem kleinsten Kind schon erklären, dass die Sonne nachts nie scheinen wird. Aber nachts kann der Wind wehen. Das ergänzt sich. Also müssen wir in Bayern beides dringend voranbringen.

(Zuruf)

Strom aus Wind und Sonne ist der bayerische Rohstoff, den wir im Interesse der Energiewende nutzen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Der Ministerpräsident hat gerade das Schlagwort Wasserkraft eingeworfen. Sie wissen: Wir können die bestehende Produktion bei der Wasserkraft in Höhe von aktuell 11 Terawattstunden, die wir in Bayern haben müssten, um vielleicht 10 % steigern. Das ist ein gewisser Beitrag durch Repowering. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Den ganz großen Wurf bekommen wir aber nur mit Wind und Sonne, weil sie unbegrenzt verfügbar sind. Hier ist es auch wichtig, das als Gesamtsystem zu denken und die Biomasse als flexible Ergänzung zu sehen. Das ist der Weg, der uns unabhängig macht von Gas, Öl und Diktatoren.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich kann es irgendwie nachvollziehen. Vielleicht haben Sie gerade selber daran gedacht, was 2011 war, als Sie hier als Umweltminister am Rednerpult standen, als Sie nach Fukushima die große Energiewende angekündigt haben. – Alles Ankündigungen, alles Versprechen, die nicht gehalten wurden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

In einigen Bereichen wurde sogar blockiert und sabotiert. Die Zahlen sprechen für sich. Ich habe nicht mitgezählt, wie oft Sie in den letzten Tagen und Monaten vom "Sonnenland Bayern" gesprochen haben, auch vor einem halben Jahr bei Ihrer Regierungserklärung. – Bayern ist Sonnenland. Das ist unstrittig. Dann sollten Sie aber Ihre Hausaufgaben machen. Dass in den letzten zwanzig Jahren gerade mal bei 403 von fast 11.000 staatlichen Gebäuden Solaranlagen installiert worden sind, ist wirklich erbärmlich und wird der Aufgabe nicht gerecht. Das sind gerade mal Solaranlagen auf 3,7 % der staatlichen Gebäude.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre jahrelange ideologische Ablehnung der Windkraft in Bayern muss ein Ende haben. 2 % der Landesfläche würden reichen, um die Windkraft voranzubringen. Dann würden 98 % der Landesfläche von der Windkraft frei bleiben. Sie sehen: Gute Politik spielt nicht Gegensätze gegeneinander aus, sondern findet Lösungen im Interesse aller.Liebe CSU, warum haben Sie eigentlich mehr Angst vor Windrädern als vor der Abhängigkeit von autoritären Regimen? Ich kann das einfach nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch kurz auf den Bereich Wärme zu sprechen kommen. Ich glaube, die Wärme ist die größte Baustelle, die wir haben. Hier geht es darum, von der Abhängigkeit vom Gas wegzukommen. Interessant ist: Bei der Wärme haben die Länder eine gewaltige Kompetenz. Baden-Württemberg macht es vor, aber auch Hamburg mit einem neuen Wärmegesetz. Dort wurde ein solches Gesetz in den Landtag eingebracht. Sie wollten darüber nicht einmal diskutieren. Warum verweigern Sie sich diesem Instrument, mit dem Menschen entlastet und energetische Maßnahmen vorangebracht werden könnten? Das würde zu mehr Unabhängigkeit und zu bezahlbaren Heizkosten führen.

Über eines müssen wir uns in diesem Hohen Haus klar sein: Die Wärmewende ist die wahre Sozialpolitik in diesem Jahrzehnt. Die Wärmewende ist Sozialpolitik. Bei der

Wärme wird es sich entscheiden, ob es funktioniert oder nicht. Bayern könnte hier große Kompetenzen haben. Wir sollten diese Kompetenzen nutzen und mit einem bayerischen Wärmegesetz vorangehen. Wir haben dazu im Haushaltsausschuss ganz klare Anträge gestellt. Wir haben gesagt, dass wir 100 Millionen Euro brauchen, um auf den Schuldächern Solaranlagen zu installieren. Wir müssen diese lächerliche Zahl von 403 Anlagen nach oben treiben. Wir brauchen 100 Millionen Euro für die energetische Sanierung unserer Gebäude, vor allem bei den Kommunen. Und wir brauchen 100 Millionen Euro für Wärmenetze, vor allem im ländlichen Raum, um dort Heizungen besser anschließen zu können. Obendrauf brauchen wir noch 115 Millionen Euro für den sozialen Ausgleich bei den Personen, bei denen der Austausch der Heizanlage zu einer sozialen Frage würde. Wir müssen diesen Menschen helfen; denn auch sie sollen ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten.

Lieber Herr Ministerpräsident, ich habe vorhin gesagt, dass das Landespolitik ist. Ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz könnte von uns beschlossen werden. Baden-Württemberg hat unter Schwarz-Gelb das erste Wärmegesetz eingeführt. Die GRÜNEN haben dieses Gesetz deutlich verbessert. Sie verweigern sich aber dieser Diskussion. Sie haben Ende April noch die Gelegenheit, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer angekündigten Klimamilliarde, die eigentlich gar keine Klimamilliarde ist, gibt es so gut wie keinen Cent, der uns im Hier und Jetzt hilft, uns von der Abhängigkeit von russischem Öl und russischem Gas zu befreien. Das wäre aber Ihre Aufgabe gewesen.

Ich möchte noch zur Mobilitätswende kommen, einem ganz wichtigen Rad, an dem wir drehen müssen. Es ist gut, dass die Ampel in Berlin auf Grün steht. Die Ampelkoalition hat ganz klar gesagt: Wir führen ein 9-Euro-Monatsticket für drei Monate ein, um die Menschen zu entlasten.

(Zuruf: Lächerlich!)

– Ich weiß, warum Sie gerade anfangen zu lachen. Das Instrument kann den Menschen in Bayern nicht überall helfen, weil Sie jahrzehntelang nicht dafür gesorgt haben, das Angebot an Bussen und Bahnen auszubauen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Betrachten wir uns die Situation deutschlandweit: Die fünf Landkreise mit dem schlechtesten ÖPNV-Angebot liegen alle in Bayern. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Sie sind nicht bereit, in Bus und Bahn zu investieren. Wir GRÜNE sagen: Wir wollen eine grüne Mobilitätsgarantie in ganz Bayern. Wir brauchen ein Bus- und Bahnangebot von 5 Uhr in der Früh bis Mitternacht an jedem Ort; dafür müssen wir das Geld bereitstellen. Das wäre ein Angebot, auf das sich die Menschen verlassen können. Damit können wir die Mobilitätswende wirklich hinbekommen. Sie brauchen gar nicht so zu lachen: Menschen, die noch nicht Auto fahren können, oder Ältere, die das nicht mehr wollen, brauchen ein Angebot, auch im ländlichen Raum. Das sollten wir schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines gehört zur Ehrlichkeit, wenn man vor mehreren Krisen steht: Wir sollten nicht eine Krise gegen die andere ausspielen. Deshalb wäre es auch falsch, jetzt ökologische Vorranggebiete für den Getreideanbau mit Einsatz von Pflanzenschutzmitteln freizugeben. Dadurch würden andere Krisen verschärft. Von 35.000 Tierarten, die in Bayern heimisch sind, ist fast jede zweite vom Aussterben bedroht. Wir können nicht sagen: Diese Tierarten retten wir nach der nächsten Krise. Das muss zeitgleich funktionieren. Deshalb darf es hier keine Rückschritte geben. Wir müssen das gemeinsam hinbekommen. Indem wir den Flächenverbrauch gewaltig eindämmen, erhalten wir wertvolle landwirtschaftliche Fläche. Dann wird es endlich damit vorbei sein, dass auf immer mehr Flächen Straßen, oberirdische Parkplätze und Discounter entstehen, anstatt dass Weizen, Gerste oder Roggen wachsen. Das muss sich ändern. Das ist für

unsere Bäuerinnen, für unsere Bauern und für die Ernährungssicherheit wichtiger denn je.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, man sieht, eine Regierung mit einem dicken Geldbeutel macht noch keine gute Politik. Gute Politik macht eine Regierung, die Bayern zusammenschweißt, anstatt Zwietracht zu säen. Gute Politik macht eine Regierung, die weiß, dass Bauern und Verbraucher dasselbe Wasser trinken, Unternehmer und Naturschützer dieselbe Luft atmen und Windkraftgegner genauso Strom brauchen wie die Befürworter. Aufgabe guter Politik ist es, zwischen ihnen zu vermitteln und die besten Lösungen zu finden und zu finanzieren, und das auch langfristig, über den Wahltag hinaus. Mit einem dicken Geldbeutel ginge das deutlich besser als mit einem dünnen; aber Sie schaffen es trotzdem nicht.

Herr Ministerpräsident, unser schönes Bayern ist kein Superhelden-Comic: gut oder böse, schwarz oder weiß. Eine einfache Zweiteilung greift zu kurz. Bayern ist Industriestandort und gleichzeitig das Land vielfältiger Naturschätze. Bayern ist ein Sonnenland; Bayern ist ein Windland. Bayern ist das Land der Trachtenvereine, aber Bayern ist auch das Land der queeren Jugendtreffs. Wir sehen die Vielfalt als Stärke unseres Landes. Die Menschen in Bayern haben den nötigen Anpackergeist, um die Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen, richtig anzugehen. Zielgerichtet, ideenreich und entschlossen, so überwinden wir Krisen und gehen entschlossen in die neue Zeit.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein inzwischen verstorbener Verteidigungsminister, Pe-

ter Struck, hat am 11. März 2004 gesagt: Die Freiheit Deutschlands wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt. – Ich sage heute: Die Freiheit Deutschlands wird derzeit im Donbass und in der gesamten Ukraine verteidigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser politisches Handeln muss sich daran ein Stück weit orientieren. Thema Flüchtlinge: Es ist eine humanitäre Aufgabe von uns allen, den Menschen, die aus der Ukraine kommen, hier Aufenthalt und Zuflucht zu bieten. Selbstverständlich ist es auch eine humanitäre Aufgabe, alles zu tun, um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen ein souveränes Land zu stoppen. Dazu gehören auch Embargos, selbst wenn es uns wehtut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen derzeit eine Politik in schwierigen Zeiten. Wir haben gerade zwei Jahre Pandemie hinter uns. Die Corona-Pandemie ist noch nicht zu Ende. Jetzt kommt die Ukraine-Krise dazu. Ich kann nur sagen: Da ist es umso wichtiger, dass wir, die Regierungsfraktionen und die Staatsregierung – um in dem Bild des Herrn Kollegen Hartmann zu bleiben –, hartnäckig, kräftig und mit klarem Kompass rudern, während die GRÜNEN nach wie vor ihren Weg suchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum sage ich, dass ihr euren Weg sucht? – Ich habe hohen Respekt vor Außenministerin Annalena Baerbock. Es ist eine anerkennenswerte Kehrtwendung, dass aus der Partei der Friedensbewegung plötzlich eine Partei geworden ist, die in der Realität aufgewacht ist und sieht, dass die Welt der Friedensbewegten wie eine Seifenblase zerplatzt ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir haben einen klaren Kompass. Sie haben vorhin kritisiert, mit einem dicken Geldbeutel könnte man alles Mögliche machen, nicht unbedingt immer Sinnvolles. – Ich sage: Gott sei Dank haben wir einen dicken Geldbeutel. Dank an alle Steuerzahler, aber auch Dank an eine gute und vorausschauende

Finanzpolitik. Ich erinnere mich – es ist etwa 15 Jahre her –, als es in Berlin einen Regierenden Bürgermeister namens Wowereit gab, der den Slogan "Arm, aber sexy" geprägt hat. Was ist aus Berlin unter Wowereit geworden? –Kein Mensch in diesem Hause wird bestreiten, dass sich jeder, der in Berlin Verantwortung hat, danach sehnen würde, in Bayern zu regieren, weil Berlin heruntergewirtschaftet war. Das war für eine Bundeshauptstadt wahrlich keine Freude, um nicht noch härtere Begriffe zu gebrauchen. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir hier mit dickem Geldbeutel Krisen bewältigen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Unser klarer Kompass heißt: Wir bearbeiten die Zukunftsfelder der Politik. Es gibt eine Zukunftstrias; sie lautet: Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft. Ich danke an dieser Stelle ganz herzlich den Ministern, die die Verantwortung für die hier eingebrachten Haushalte haben. Im Bereich der Bildung danke ich Staatsminister Piazolo, bei Forschung und Entwicklung dem Staatsminister Sibler, der diesen Haushalt noch verantwortlich eingebracht hat, und bei der Wirtschaft dem Staatsminister Hubert Aiwanger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind die Zukunftsfelder. Dort entscheiden sich die nächsten Jahre und Jahrzehnte des Freistaats Bayern. Dort entscheidet sich, ob wir unsere Spitzenstellung in Deutschland, in Europa und ein Stück weit – ja, das kann man sagen – weltweit aufrechterhalten können. Wir brauchen eine breite Basis an gut ausgebildeten Menschen, die hier geboren sind, aber auch an gut ausgebildeten Menschen, die zugewandert sind. Deswegen ist der ergänzte Haushalt des Innenministers mit dem Thema Integration ein ganz zentraler Haushalt. Daran hängt unsere Zukunft.

Aber es reicht nicht, nur junge Menschen gut auszubilden und Erwachsene weiterzubilden. Nein, wir müssen natürlich auch im Bereich der Forschung und Entwicklung führend bleiben. Das wiederum ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft, die das erwirtschaftet, was wir hier im Parlament, im Landtag an die Menschen draußen, an die

Gesellschaft, all das, was uns wichtig und prioritär ist, verteilen können. Das sind die drei wesentlichen Bereiche. Deswegen setzt unser Haushalt hier auch die richtigen Schwerpunkte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dafür steht der Finanzminister. Albert Füracker hat im April 2020 eine schon bemerkenswerte Voraussage getroffen. Ich kann mich noch gut an die Videokonferenz mit den Haushaltspolitikern der Regierungsfraktionen erinnern. Der Finanzminister hat gesagt, wir bräuchten insgesamt 20 Milliarden Euro. Ich gebe gerne zu, dass der eine oder andere meinte, das sei ein bisschen zu wenig oder ein bisschen zu viel. Es blieb bei 20 Milliarden Euro. – Herr Finanzminister, ich kann nur sagen: Das war eine Punktlandung. Die 20 Milliarden Euro haben für die Jahre 2020, 2021 und 2022 gereicht. Wir hoffen, dass wir 2023 keine zusätzlichen Mittel mehr brauchen. Hier kann ich nur sagen: Chapeau, das war ein Volltreffer! Das zeichnet einen guten Finanzminister aus: Er rechnet nicht nur gut, sondern liegt auch mit seinen Prognosen richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zukunftsfelder der Politik sind Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft. Wir müssen aber natürlich in diesen Bereichen auch die Zukunftsthemen angehen. Ich nehme einmal zwei ganz wesentliche Zukunftsthemen heraus. Kollege König hat das Thema Klimaschutz und das Thema Energie angesprochen; beide Themen sind wichtig. Kollege Hartmann hat gesagt, dass wir uns hier treiben ließen und er gerne Segel setzen würde. Dazu sage ich: Lieber Kollege Hartmann, Ihr Wirtschaftsminister Habeck reist jetzt in die Emirate; dort waren wir schon vor zwei Jahren. Unser Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat dieses Thema vor zwei Jahren angepackt. Natürlich kann man einwenden, Herr Habeck sei vor zwei Jahren noch nicht Minister gewesen.

(Zuruf)

– Ihr wart in der Regierung, liebe Margit Wild. – Eines ist aber auch schon klar: Euer Wirtschaftsminister Habeck hätte vor zwei Jahren alles andere getan, als in die arabischen Staaten zu reisen,

(Zurufe)

um dort nach fossilen Energieträgern zu fragen und Verträge zu schließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

– Herr Kollege von Brunn, Sie haben nachher noch die Gelegenheit, Ihre hellsichtigen Thesen zu Gehör zu bringen. Ansonsten hören Sie einfach zu und überlegen einmal, wie gut das durchdacht ist, was die Regierungsfraktionen hier haushalterisch auf den Weg bringen; denn Punkt zwei – die Regionalität – ist ja das Thema der FREIEN WÄHLER schlechthin.

(Zuruf)

Die Regionalität ist unser Markenzeichen. Wir sind der Meinung, dass die Regionalität zwei wesentliche Vorteile hat: Zum einen erhöht sie den Wirkungsgrad der Politik und ihrer Maßnahmen; sie hebt die Ressourcen und die Kräfte in den Regionen. Zum anderen geht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn wir es schaffen, dass die Menschen in ihrer Heimatregion bleiben können und nicht in die Metropolen abwandern müssen, dann sind das wichtige und ganz wesentliche Parameter.

Auch hier zeigt dieser Haushalt, dass wir FREIE WÄHLER ganz klare Schwerpunkte setzen und dass dieser Haushalt vom Ziel der FREIEN WÄHLER, der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, geprägt ist. Ich sage das auch mit großem Dank an unseren Koalitionspartner, der beim Thema gleichwertige Lebensverhältnisse vor dem Einzug der FREIEN WÄHLER in den Bayerischen Landtag noch etwas anders unterwegs war. Die berühmte Metropolenpolitik gehört der Vergangenheit an. Wir rudern jetzt gemeinsam in Richtung Regionalität, wir rudern kraftvoll, wir rudern gut, und wir rudern zielsicher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen investieren wir auch in die Infrastruktur in der Region. Herr Kollege Hartmann tut das mit einer spöttischen Bemerkung ab, indem er – natürlich nur ganz einseitig – auf den öffentlichen Personennahverkehr schaut.

(Zuruf)

Das Thema Straße und Individualverkehr gehört ja nicht zu Ihrem Repertoire; denn unsere Themen sind die Entwicklung der Region, und eure Themen sind Verbot und Verzicht. Das geht in der Tat nicht zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir bewältigen übrigens die Themen der Zukunft – gerade auch beim Klimaschutz – durch Technologie und nicht durch Verbot und Verzicht, lieber Herr Kollege Hartmann. Hier liegen wir sehr richtig, weil ein Land wie Deutschland mit 83 Millionen Einwohnern oder wie Bayern mit 13 Millionen Einwohnern durch Verbot und Verzicht selbstverständlich keinen wirklichen Beitrag zur Rettung des Weltklimas leisten kann. Aber als Technologieführer in vielen Bereichen sind wir in der Lage, in Deutschland und für die ganze Welt technische Lösungen zu entwickeln, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Das ist unsere Fähigkeit und unsere Möglichkeit. Das ist aber auch unsere Verantwortung.Und über die Verantwortung hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch das Erfolgsmodell der Zukunft; denn damit sichern wir Hightech-Arbeitsplätze, damit sichern wir die Zukunft Bayerns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen, Herr Ministerpräsident, war es sehr richtig, dass Sie gemeinsam mit Hubert Aiwanger bereits vor der Corona-Pandemie die Hightech Agenda aufgelegt haben. Da sage ich: Das ist vorausschauende Politik. Das ist nicht Nachlaufen, das ist In-die-Zukunft-Schauen. Die Hightech Agenda ist eine wesentliche Säule der Zukunft des Freistaats Bayern. Mit dieser Hightech Agenda werden wir die Spitzenstellung, die

der Freistaat Bayern hat, sichern und ausbauen. Das ist richtige Politik, nicht Verbot und Verzicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was machen wir mit dem Geld, das die Wirtschaft, das die fleißigen Bürgerinnen und Bürger an Steuern bezahlen? – Wir investieren in die Regionalität, wir investieren in regionale Infrastruktur, auch in die Straße; denn auch der ÖPNV muss auf Straßen fahren. Wir investieren selbstverständlich auch in den Schienennahverkehr. Deswegen war es uns ganz besonders wichtig – und ich nenne hier den Kollegen Manfred Eibl, der sich dafür ganz besonders ins Zeug gelegt hat; das ist sozusagen ein Stück weit sein Baby –, dass wir es geschafft haben, jetzt 35 Millionen Euro für Bahnreaktivierungsmaßnahmen in den Haushalt zu bringen. Wir werden das fortsetzen. Der neue Minister für Wohnen, Bau und Verkehr wird hier sehr schnell in die Umsetzung gehen, damit wir hier im regionalen ÖPNV auch auf der Schiene ein Stück weit etwas für die Zukunft, für den ländlichen Raum, für die Regionen tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir werden viele Themen in den Einzelberatungen noch besprechen, aber eines möchte ich zum Schluss hier schon noch sagen: Auch dieser Haushalt birgt Risiken, Herr Finanzminister. Dieser Haushalt birgt natürlich das Risiko sinkender Steuereinnahmen aufgrund von Embargos. Er birgt natürlich auch das Risiko, dass wir für das Thema Integration, für die Unterbringung der Flüchtlinge Geld in die Hand nehmen müssen, das uns der Bund möglicherweise nicht eins zu eins erstattet, auch wenn das eigentlich angemessen wäre. Wir haben also ein paar Fragezeichen in diesem Haushalt. Deswegen ist es richtig, dass wir auch jetzt wieder einen Jahreshaushalt aufstellen; denn dieser Jahreshaushalt gibt uns die Möglichkeit, rechtzeitig zu reagieren. Momentan können wir noch nicht reagieren, weil die Zahlengrundlage noch nicht klar genug ist. Ich sage es aber ganz deutlich: Wir werden das sehr genau zu beobachten

haben und gegebenenfalls auf unvorhergesehene, möglicherweise sogar vorhersehbare Entwicklungen reagieren müssen.

Unsere Schwerpunkte haben wir dargestellt.

Ein Letztes noch: In der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass wir wieder stärker auf die heimische Nahrungsmittelproduktion, auf unsere Landwirtschaft achten müssen. Die Landwirtschaft ist ein Stück weit in Richtung Landschaftspflege gewandert. Das darf nicht sein. Die Landwirte sind Unternehmer, die unsere heimische Nahrungsmittelproduktion sicherstellen. Deswegen wird auch hier ein starkes Signal von diesem Haushalt ausgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, insbesondere dem Vorsitzenden Josef Zellmeier für eine zielgerichtete, gute Arbeit. Der Haushalt 2022 kann sich sehen lassen; er verdient unser aller Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Schuberl das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Pohl, wir haben energieintensive Unternehmen; diese brauchen meistens Gas für ihre Produktion. Ich komme aus Niederbayern. Wir haben einen großen Autobauer, wir haben aber auch Glashütten und andere Unternehmen. Wir werden Gas mittelfristig zum Beispiel durch Wasserstoff ersetzen müssen. Wir brauchen ungefähr die Menge an Energie für die Industrie, wie sie Deutschland derzeit an Strom produziert. Wir werden das folgende Problem haben: Wasserstoff kann man ungefähr für 5 Cent pro Kilowattstunde produzieren, ungefähr 15 Cent kostet der Transport. Wir werden in Zukunft also Unternehmen, die sehr viel Energie brauchen, dort haben, wo Wasserstoff produziert wird, nicht dort, wo er hingeliefert wird. Das heißt, wir brauchen Wasserstoffproduktionsstätten. Die werden entstehen, wenn man keine fossilen Energieträger mehr verwendet, dort wo Windräder stehen; denn Wind-

räder bieten die Möglichkeit, bei großen Windstärken die Überproduktion in Wasserstoff umzusetzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Minute ist um.

Toni Schuberl (GRÜNE): Das heißt, wenn Sie die Windkraft blockieren, dann ist die Deindustrialisierung Bayerns die Folge.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, das hilft jetzt nichts. – Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schuberl, ich weiß, woher Sie kommen; meine Mutter kommt aus demselben Landkreis wie Sie. Ich teile Ihre Analyse, dass unsere Wirtschaft natürlich bezahlbare Energie braucht. Aber Sie werden mir auch recht geben, wenn ich sage, dass eine Energieversorgung, die ausschließlich auf Windräder baut, auf Sand gesetzt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ferdinand Mang für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Söder hat leider gerade die Flucht ergriffen. – Aber, Herr Söder, wer rausgeht, der muss auch wieder reinkommen!

Heute wird die Regierungskoalition mit der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes einen weiteren Sargnagel für unseren vergehenden Wohlstand einschlagen – wobei "Sargnagel" noch niedlich ausgedrückt ist. Wir haben an diesem Haushaltsplan so viel zu kritisieren wie nie zuvor. Wir haben fast 300 Änderungsanträge zu diesem Haushaltsplan gestellt, mit vielen guten Vorschlägen, wie wir mehr günstigen Wohnraum schaffen, wie echte nachhaltige Wirtschaftspolitik aussehen kann oder wie eine ressourcenschonende Energiepolitik mit Entlastung des Bürgers gelingen kann.

Unsere Anklage betrifft nicht nur die durchgehende Schuldenorgie, die die Regierung Söder schon weit vor der Corona-Krise mit vollen Händen ohne Not begonnen hat und die nun dafür sorgt, dass wir in tatsächlichen Notzeiten auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinder leben müssen. Der Oberste Rechnungshof teilt unsere Kritik: Das Corona-Investitionsprogramm für den sogenannten Klimaschutz und die Hightech Agenda Plus rechtfertigen ohne weitere Begründung keinen Bruch mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse.

Nein, dieser Söder‘sche Haushaltsplan wird die zunehmende grüne Inflation weiter anheizen. Damit habe ich ein Stichwort gegeben: "Grüne Inflation" – diesen Begriff hat Prof. Hans-Werner Sinn, der ehemalige Präsident des renommierten Ifo-Instituts, geprägt. Grüne Inflation bedeutet, dass durch die Klimalobbypolitik der Altparteien, die viele schöne Namen trägt wie "Dekarbonisierung" oder "Transformation der Wirtschaft" letztlich eine Verteuerungsspirale in Gang gesetzt wird, welche die Kosten für die Miete oder die Darlehensraten für die eigenen vier Wände, die Preise für Heizöl oder Benzin oder für den einfachen Lebensmitteleinkauf immer höher treibt, bis die Bevölkerung in den finanziellen Ruin blickt. Prof. Sinn hat genau dargelegt, wie die Preise für den alltäglichen Bedarf der normalen Bevölkerung durch die CO_2-Steuer, aber auch durch wirtschaftlich sinnlose Investitionen in den sogenannten Klimaschutz in exorbitante Höhen steigen. Ihre Schuldenpolitik für die Klimalobby, die dank der CSU und FREIEN WÄHLER jetzt Milliarden und Abermilliarden scheffeln kann, ist die wesentliche Ursache für die grüne Inflation.

Sie behaupten nun, Ursache für die Teuerungen sei alleine der Ukraine-Konflikt. Aber das entspricht nicht den Tatsachen. In Wirklichkeit sorgt die Klimalobbypolitik, allen voran durch den Schuldenkönig Söder dafür, dass der arbeitende Bürger bald nicht mehr weiß, wovon er leben soll – Hauptsache, die prallen Kassen der Klima- und Pharmalobby klingeln.

(Beifall bei der AfD)

Aber mit diesem Märchen lassen wir Ihren Traumkönig nicht durchkommen. Wer massiv grüne Planwirtschaft betreibt, der erntet für sein Volk Armut und Arbeitslosigkeit.Die grüne Planwirtschaft von CSU und FREIEN WÄHLERN ist Ursache für die grüne Inflation im Supermarkt und an der Tankstelle. Klimalobbypolitik schafft keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert. Das beste Beispiel ist die fehlgeschlagene Energiewende. Ohne das Erdgas aus Russland funktioniert Ihre angeblich klimaneutrale Energiewende nicht. Sie brauchen nach wie vor grundlastfähigen Strom. Nachdem Sie aus Kohle und Atom aussteigen, bleibt nur noch das Erdgas. Es war die grüne Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN, die auf Gaskraftwerke zum Ausgleich gesetzt hat, da das der Flatterstrom aus Wind und Sonne einfach nicht kann. Ich erlaube mir an dieser Stelle den Scherz, dass Gaskraftwerke fast genauso klimaneutral wie Kohlekraftwerke sind.

Aber nein: Anstatt mal zu überlegen, weshalb das Volk nun im Winter frieren soll, machen Sie munter weiter. 1,5 Milliarden "Teuronen", die im Corona-Sonderfonds für die leidende Bevölkerung zur Abfederung Ihrer sinnlosen Lockdown-Politik vorgesehen waren, leiten Sie jetzt in einen Klimasonderfonds: 1,5 Milliarden! Die GRÜNEN haben eine utopische Klimamilliarde gefordert. Herr Söder hat die grüne Herausforderung zur Verschleuderung des Volksvermögens erfolgreich angenommen und noch um 500 Millionen Euro übertroffen. Unsere Enkel habe es ja; denn von Ihnen, ehrenwerte Kollegen, wird es keiner bezahlen.

Herr Söder, Sie sind ja leider nicht da; ich habe endlich das passende Vorbild für Sie gefunden. Es ist nicht der Märchenkönig Ludwig; denn dieser hat seine Traumschlösser trotz aller Fake News selbst bezahlt. Nein, Herr Söder, Sie sind der bayerische Sheriff von Nottingham. Genauso wie der Sheriff von Nottingham pressen auch Sie mit Ihrer Politik das bayerische Volk aus, wobei Sie keine Schergen von Haus zu Haus schicken müssen. Das Gesetz, das CSU und FREIE WÄHLER heute verabschieden, schanzt der Klimalobby die begehrten Milliarden zu. Ein Verfassungsbruch stört Sie

dabei nicht. Den letzten Heller des Bürgers raubt dann die von Ihnen angeheizte grüne Inflation.

Ich komme zum Ende.

(Beifall – Zuruf)

Wie in der Legende, so auch heute, steht dem bayerischen Sheriff von Nottingham eine Schar tapferer Recken entgegen. Nur mit dem Unterschied, dass wir uns nicht im Wald verstecken, sondern freien Mutes auf der Straße zu finden sind. Unter dem Volk – dort, wo sich unser bayerischer Sheriff von Nottingham niemals blicken lässt!

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Es fällt einem tatsächlich schwer, sich angesichts von Putins Kriegsverbrechen in Butscha und anderen Orten in der Ukraine mit anderen Dingen zu beschäftigen. Ich möchte schon sagen – ich glaube, ich spreche da für alle –, wir müssen jetzt Putin entschlossen entgegentreten, Solidarität mit der Ukraine zeigen und gleichzeitig hier in Bayern die wichtigsten Themen für die Menschen anpacken.

(Beifall bei der SPD)

Um diese wichtigen Themen für die Menschen in Bayern anzupacken, braucht es Investitionen in den sozialen Zusammenhalt und in die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Wir brauchen dafür Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit im Interesse von Bayern und von Deutschland. Wir brauchen, während ein Krieg tobt, keine Parteipolitik und Partei-

taktik. Am wichtigsten für viele Menschen in Bayern ist es, dass viel mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Das ist unser wichtigstes Anliegen als SPD.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen außerdem – das ist jetzt noch dringlicher als vorher – eine unabhängige, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung schaffen. Wir als SPD wollen im Interesse unserer Familien und Kinder in gute Schulen und gute Kitas investieren. Gerade nach den Erfahrungen der Pandemie legen wir ein besonderes Augenmerk auf eine gute Krankenhausversorgung gerade auch auf dem Land.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat dafür Antworten und Konzepte. Wir zeigen das mit unseren sozialen und zukunftsorientierten Vorschlägen für diesen Haushalt. Sie, Herr Söder, vernachlässigen mit Ihrer Koalition viele dieser wichtigen Bereiche. Es liegt wahrscheinlich auch daran, dass Sie ein Landespolitiker sind, der in Gedanken immer noch in Berlin ist, obwohl die Kanzlerkandidatur nur ein Traum war und die Bundestagswahl von Olaf Scholz und der SPD gewonnen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, Sie sind in der Opposition aufgewacht. Sie beweisen uns das durch Ihr Verhalten jeden Tag aufs Neue. Offensichtlich haben Sie die Niederlage nicht verkraftet. Das Problem daran ist aber: Sie vernachlässigen Bayern, weil Sie schon fast zwanghaft auf Berlin fixiert sind und sich an Olaf Scholz und der Ampel abarbeiten müssen. Sie stellen Parteitaktik und Parteipolitik über das Allgemeinwohl und über die Interessen der Menschen. Das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht um Sie! Es geht darum, Politik für die Menschen im Freistaat zu machen. Ja, Sie haben auch eine nationale Mitverantwortung, der Sie in dieser größten Krise

der Nachkriegszeit nicht gerecht werden. Gerade jetzt in diesen schwierigen Zeiten ist parteipolitisch motivierter und eigennütziger Streit noch falscher als sonst. Jetzt geht es darum, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Dafür stehen wir als SPD und als Regierungskoalition in Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Im Moment steigen die Energiepreise wegen Putins Angriffskrieg in schwindelnde Höhen. Die Bundesregierung hat zwei große soziale Entlastungspakete für die Menschen in Deutschland aufgelegt, um die Folgen dieses Energiepreisanstiegs zu mildern. Die Menschen in Deutschland werden insgesamt von der Regierung Scholz um 30 Milliarden Euro entlastet: 30 Milliarden – eine enorme Summe! Man wundert sich da, warum Sie von der CSU trotzdem wieder am Spielfeldrand stehen und schimpfen. Wie viel haben Sie in Bayern diesbezüglich bisher selbst auf den Weg gebracht? – Ich kann es Ihnen sagen: Null, nichts, von Ihnen kam bislang gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben keine eigenen Lösungen, aber Sie kritisieren andere, die Lösungen schaffen und handeln. Das bringt uns nicht weiter. Sie sollten sich ehrlich machen. Was Sie in der Vergangenheit getan haben, war falsch und schadet Bayern heute. Sie haben mit Ihrer Koalition die Stromautobahnen nach Bayern verhindert. Sie haben die preisgünstigste Form der Energieerzeugung, die Windkraft, in Bayern komplett ausgebremst.

(Beifall bei der SPD)

CDU und CSU wollen gegen den Klima- und Energiefonds der Bundesregierung klagen, mit dem wir klimafreundliche Zukunftsenergie voranbringen wollen. Jetzt wollen Sie sogar Fracking machen und die alten Atomkraftwerke, für die es keine Brennstäbe mehr gibt, für die es kein atomares Endlager gibt und die seit Jahren keine gründliche Sicherheitsüberprüfung mehr hatten, weiterlaufen lassen. Ich finde das angesichts der

Gefahr von Cyberangriffen und -attacken gerade aus Russland schier verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD)

So bereitet man keinen "Independence Day" vor, von dem Markus Söder so gerne spricht. Das ist eher "Total Recall". Zurück in die Vergangenheit; zurück zu seinem Idol und Atomfan Franz Josef Strauß!

Wir als SPD setzen dagegen auf soziale Politik und echten Fortschritt. Wir setzen auf Klimaschutz und Bezahlbarkeit. Wir wollen neben Wind und Sonne massiv einen großen Standortvorteil Bayerns nutzen: die Erdwärme, die Geothermie, die Sie bisher vernachlässigt haben. Wir wollen aber auch die Abwärme nutzen, die in Industrieprozessen anfällt und unzureichend genutzt wird. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden in Bayern in die Lage versetzen, durch eigene bayerische Förderungen Fernwärmenetze zu errichten und auszubauen, um beim Heizen solche innovativen Wege zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist allemal besser als Atom und Fracking.

Die Folgen des verbrecherischen russischen Angriffskriegs bemerken wir übrigens auch auf andere Weise. Es kommen Menschen, vor allem Frauen und Kinder, zu uns, die vor Putins Bomben, vor Putins Raketen und vor Putins Panzern Hilfe und Schutz suchen. Wir müssen ihnen helfen. Viele von ihnen werden angesichts der unfassbaren Zerstörungen, die Putin anrichtet, nicht so schnell zurückkehren können. Manche werden dauerhaft bei uns bleiben. Sie kommen in unser Bayern und werden hier mit offenen Armen und großer Hilfsbereitschaft empfangen. Das ist gut so, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie kommen aber auch in ein Bundesland, in dem vielerorts bezahlbare Wohnungen Mangelware sind. Bayern ist schön, aber vor allem beim Wohnen zugleich viel zu teuer. Viele hart arbeitende Menschen erleben das hier schon seit Jahren. Man muss das dem Ministerpräsidenten sagen: Er vernachlässigt dieses wichtige Thema der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.Sie haben zwar 33.000 bezahlbare GBW-Wohnungen auf dem Markt verscherbelt, anstatt sie an vernünftige, soziale Vermieter, nämlich an die bayerischen Städte, zu verkaufen, aber Sie schaffen es nicht, auch nur annähernd genügend bezahlbare Wohnungen in Bayern selbst zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre BayernHeim ist ein Flop. Das hat Ihnen heute auch noch einmal der Bayerische Rechnungshof sehr, sehr deutlich attestiert. Jetzt, Herr Füracker, wollen Sie auch noch die Haushaltsmittel für die Wohnraumförderung kürzen! Das ist ein Schlag ins Gesicht für die Menschen, die in Bayern verzweifelt nach einem Dach über dem Kopf suchen:

(Beifall bei der SPD)

Leider zeigt Ihr Haushalt sehr deutlich, dass das Thema Wohnen bei Ihnen und bei der CSU in sehr schlechten Händen ist. Wir wollen als Bayern-SPD, dass der Freistaat viel mehr als bisher in den Wohnungsbau investiert. Wir wollen alles dafür tun, damit sich jeder Bayer und jede Bayerin eine vernünftige Wohnung leisten kann. Dafür wollen wir die Wohnungsbaumittel des Freistaats Bayern erhöhen und nicht massiv absenken, wie Sie das beabsichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir schlagen vor, die Landesmittel für die Wohnraumförderung um 645 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro zu erhöhen. Auch wollen wir die Städtebauförderung ausbauen. Das zeigt, die SPD setzt beim Wohnen einen starken Schwerpunkt. Das ist soziale Politik für Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Das bringt mich zu einem weiteren wichtigen sozialen Thema. Wir haben in der Pandemie gesehen, wie wichtig eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist. Die Menschen brauchen ein gut erreichbares Krankenhaus. Das ist keine Angelegenheit, die man einfach dem Markt überlassen kann. Hier geht es um die Gesundheit und das Leben der Menschen. Deswegen wollen wir als SPD deutlich mehr Geld in unsere bayerischen Krankenhäuser investieren. Unser Vorschlag lautet, für die Krankenhäuser in Bayern zusätzlich 100 Millionen Euro und für die Pflegeinfrastruktur sogar 160 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das wird die Gesundheitsversorgung und die Pflege in Bayern deutlich verbessern. Es ist auch ein guter Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für uns als SPD sind Familien und Kinder. Wir wollen einen deutlichen sozialen Akzent für gute Kitas und Schulen setzen. Für die Kleinsten wollen wir 150 Millionen Euro in frühkindliche Bildung und Kitas investieren und noch einmal so viel für unsere Schulkinder in Bayern. Unser Ziel ist, dass alle Kinder und Jugendlichen in der Schule sowie alle Lehrkräfte ein digitales Endgerät erhalten. Wir wollen gute, moderne Schulen, die digital auf der Höhe der Zeit sind!

(Beifall bei der SPD)

Davon sind wir aber, Herr Füracker und Herr Kultusminister – er ist gerade nicht anwesend –, leider noch meilenweit entfernt. Derzeit gibt es fast 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler, aber nur 238.000 Leihgeräte. Das heißt, nur rund 14 % der Kinder bekommen überhaupt ein Tablet oder einen Computer in der Schule. Das ist viel zu wenig. Auch für die Lehrerinnen und Lehrer sind zu wenige Geräte vorhanden. Wir nehmen die Digitalisierung im Interesse unserer Kinder und der bayerischen Familien ernst. Deshalb wollen wir hier deutlich nachlegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Schulsozialarbeit und die mobile pädagogische Betreuung ausbauen, und wir wollen vor allem auch mehr für die Berufsschülerinnen und Berufsschüler tun. Wir als SPD wollen, dass jedes Kind in Bayern bestmögliche Förderung erhält und kein Kind zurückbleibt. Wir als SPD wollen durch guten Unterricht, genügend Lehrerinnen und Lehrer und eine individuelle Förderung in der Schule teure Nachhilfe überflüssig machen. Wir wollen, dass alle Kinder eine gute Kita- und Schulzeit haben und dadurch im späteren Leben erfolgreich sind.

(Beifall bei der SPD)

Kitas und Schulen sind für uns solch wichtige Bereiche für die bayerischen Familien, dass wir sie bestens ausstatten wollen.

Es gibt aber noch ein weiteres Thema, das wir als wichtig ansehen. Wir wollen neue Wege statt immer neuer Straßen. Mobilität für alle – sozial, bezahlbar und klimagerecht – ist unser Ziel für Bayern. Dafür brauchen wir nicht nur einen Ausbau der E-Ladeinfrastruktur – denn das Auto hat Zukunft als klima- und umweltfreundliche Spitzentechnik made in Bavaria –, wir wollen auch eine Verbesserung und Stärkung des öffentlichen Verkehrs, gerade auf dem Land. Das bedeutet für uns: Reaktivierung von Eisenbahnstrecken und Elektrifizierung des gesamten bayerischen Schienennetzes. Dafür wollen wir 210 Millionen Euro investieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber auch den Zugang zum öffentlichen Verkehr durch bezahlbare Fahrkarten erleichtern. Die Bundesregierung hat hier mit dem 9-Euro-Ticket ein Zeichen gesetzt, und Sie kritisieren das schon wieder, Herr Söder, so wie Sie reflexartig alles kritisieren, was die Bundesregierung tut. Die Staatsregierung sitzt hier aber ziemlich im Glashaus, weil Herr Söder selbst Zusagen gegeben hat, die er bis heute nicht eingelöst hat. Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag ein 365-Euro-Ticket für alle großen Städte Bayerns versprochen. Jetzt brechen Sie Ihr Versprechen und schieben den

Städten den Schwarzen Peter zu. Sogar Ihre Heimatstadt Nürnberg lassen Sie einfach hängen!

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD wollen das 365-Euro-Ticket für die Menschen. Für sie wollen wir das gebrochene Versprechen von Markus Söder halten. Wir schlagen deshalb vor, im Haushalt 85 Millionen Euro für ein flächendeckendes 365-Euro-Ticket und kostenlose soziale Tickets bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die fiskalischen Rahmenbedingungen für Bayern sind ausgezeichnet. Mit den Steuereinnahmen 2021 wurde das Vorkrisenniveau von 2019 um fast 7 % übertroffen. Laut der November-Steuerschätzung steigen auch im Jahr 2022 in Bayern die Steuereinnahmen gegenüber der Mai-Schätzung um knapp 1,9 Milliarden Euro auf rund 50 Milliarden Euro. Das zeigt, Herr Füracker: Unsere bayerische Wirtschaft und vor allem unser Mittelstand sind stark. Ich möchte aber eines deutlich sagen: Die sprudelnden Steuereinnahmen in Bayern sind im Wesentlichen auch die Folge der aktiven Wirtschaftspolitik und der Corona-Hilfen des Bundes in der letzten Zeit.

(Zuruf)

Im Jahr 2020 hat der Freistaat Bundesmittel in Höhe von 5,5 Milliarden Euro erhalten, im Jahr 2021 sogar über 7 Milliarden Euro, davon 6 Milliarden Euro Überbrückungs- und Wirtschaftshilfen. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass Bayern ökonomisch gut durch die Krise gekommen ist und weiterhin kommen wird. Der Süden, das lässt sich sagen, profitiert von der Politik von Olaf Scholz. Das ist die Wahrheit, Herr Söder und Herr Füracker, und nichts anderes!

(Beifall bei der SPD – Lachen – Zuruf)

Unsere Haushaltsvorschläge sind wichtig, richtig und im Interesse der Menschen in Bayern, und sie sind auch gegenfinanziert durch einen besseren Steuervollzug, durch Rückgriff auf Kreditermächtigungen im Corona-Sonderfonds und eine vertretbare zusätzliche Entnahme aus der Rücklage.

(Zuruf)

Ihr Haushaltsentwurf hingegen ist in zentralen Bereichen rückwärtsgewandt und weist eine deutliche soziale Schieflage auf. Ohne substanzielle Verbesserungen, die wir in über 100 Änderungsanträgen vorgelegt haben, werden wir Ihrem Entwurf nicht zustimmen.

Ich fasse zusammen: Wir als SPD wollen einen sozialen Haushalt und soziale Politik für die Menschen in Bayern. Wir wollen eine Wohnungsmilliarde für bezahlbare Wohnungen in ganz Bayern. Wir wollen starke Investitionen in eine gute Krankenhausversorgung, gerade auch auf dem Land, mehr Geld für gute Schulen und Kitas sowie einen starken Schub für bezahlbare und klimafreundliche Energie aus Bayern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege von Brunn, es gibt eine Zwischenbemerkung. – Zu dieser erteile ich Frau Kollegin Högl das Wort.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr von Brunn, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, die AKWs seien in den letzten Jahren unzureichend geprüft worden. Ich bitte Sie, dies jetzt zu wiederholen, wenn Sie es vorhin gesagt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Verehrte Kollegin Högl, ich habe nicht gesagt, dass sie unzureichend geprüft worden sind.

Petra Högl (CSU): Doch, das haben Sie gesagt!

Florian von Brunn (SPD): Aber dadurch, dass wir sie abschalten, ist die eigentlich nach zehn Jahren fällige Sicherheitsüberprüfung, der große Sicherheitscheck, nicht mehr durchgeführt worden. Inzwischen sind 12, 13 Jahre vergangen. Das heißt, wir liegen lange über dem Zeitpunkt für diesen Check! Das bedeutet, wir wissen gar nicht, in welchem Sicherheitszustand die AKWs sind. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen und die Gefahren erhöht. Das bedeutet: Wenn Sie heute fordern, diese AKWs weiterlaufen zu lassen, ist überhaupt nicht sicher, ob die AKWs unter diesen Bedingungen zugelassen werden können. Wir wissen nicht, ob vielleicht erhebliche Sicherheitsmängel vorliegen. Das sollten Sie sich einmal vergegenwärtigen, bevor Sie einfach vorschnell feststellen: Wir brauchen jetzt die AKWs; sie müssen weiterlaufen. – Hier sind Sie ideologisch unterwegs, und das sollte man am besten nicht sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Hagen für die FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der CSU-Redner, der verehrte Kollege König, hat gesagt, die in Zahlen ausgedrückte Politik des Ministerpräsidenten sei das, was er heute hier präsentiert habe. Wenn das so ist, frage ich mich: Warum hat es denn dann der Ministerpräsident nicht selber vorgestellt? – Wir reden heute über den Einzelhaushalt der Staatskanzlei. Der Ministerpräsident war kurz bei Ihrer Rede im Saal, hat aber selber nichts dazu gesagt. Eigentlich ist es in Deutschland traditionell so, dass diese Debatte hier die Generaldebatte über die Arbeit der Regierung sein soll. Deswegen ist es auch so, dass der Regierungschef dazu den Aufschlag macht. Im Ältestenrat wurde auch beschlossen, dass bei diesem Tagesordnungspunkt

(Zuruf)

immer als erster Redner der Ministerpräsident das Wort hat. Das hat der Ältestenrat beschlossen. Aber vielleicht ist es ja einfach nur mangelndes Interesse an der Landespolitik, das hier zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich anhört, was der Ministerpräsident in den letzten Wochen – man kann sagen, eigentlich seit dem Regierungswechsel in Berlin – öffentlich so geäußert hat, dann fällt mir ein Wort immer wieder auf, und das Wort ist "der Bund". Vom "Land" redet er wenig. Aber verfolgen Sie wirklich mal seine Auftritte, seine Pressekonferenzen, seine Social-Media-Aktivitäten: Der Bund soll … Der Bund muss … Der Bund ist in der Pflicht … Der Bund, der Bund, der Bund, der Bund, der Bund! – Statt Verantwortung für Bayern ist Oppositionsgetöse Richtung Berlin das Einzige, was man seit Monaten vom Ministerpräsidenten hört,

(Beifall bei der FDP)

gekrönt zuletzt dann noch mit Rücktrittsforderungen an Bundesministerinnen. Ich frage mich: Ist das jetzt Ausdruck des Phantomschmerzes, weil er mit seinen Kanzlerambitionen gescheitert ist, oder fällt ihm landespolitisch wirklich nichts mehr ein? – Denn wenn das so ist, sagen Sie es! Wir haben Ideen. Wir können Ihnen da schon weiterhelfen. Wenn Ihnen landespolitisch nichts mehr einfällt, sagen Sie es einfach. Wir haben wirklich Ideen, mit denen wir Ihnen auf die Sprünge helfen könnten.

Die Oppositionsarbeit – ich verstehe ja, dass Sie das jetzt hier betreiben; ich wünsche mir, dass es bis zur Landtagswahl nicht das Einzige bleibt, was Sie machen – ist leider, das muss man auch sagen, nicht besonders fundiert und nicht besonders originell. Um ein Beispiel zu bringen: Als Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Februar seine Führungsstärke und seine Durchsetzungsfähigkeit mit seiner historischen Regierungserklärung in Berlin bewiesen hat, da fiel dem Ministerpräsidenten nicht mehr ein, als das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr, mit der wir jetzt eine sicherheitspolitische Zeitenwende umsetzen, mit dem Satz zu kommentieren: Er erwar-

tet jetzt, dass "die Bundeswehr in einem Jahr voll einsatzfähig ist". – In einem Jahr! Die Ampel beschließt also, wir werden die Bundeswehr in einer Legislaturperiode zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen in Europa machen. Aber die Forderung, binnen 12 Monaten das auf Vordermann zu bringen, was Ihre Verteidigungsminister 16 Jahre lang haben schleifen lassen, ist, glaube ich, sehr unseriös. Jeder, der ein bisschen Ahnung hat – sprechen Sie mal mit Vertretern der Bundeswehr –, kann da wirklich nur schmunzeln.

(Beifall bei der FDP)

Aber das zeigt, dass Sie die Oppositionsarbeit so angehen, wie Sie regieren: immer nur große Forderungen, große Ankündigungen. Genau das passiert hier ja auch seit vier Jahren. Nehmen wir mal den Wohnungsbau. Angekündigt waren 2.000 Wohnungen bis 2020 durch die BayernHeim; bis 2020 sind es 71 geworden. Der Oberste Rechnungshof hat jetzt gerade wirklich mit einer Generalkritik dieses Projekt zerrissen. Die BayernHeim hat nach mehr als drei Jahren noch keine Wohnung selbst geschaffen; stattdessen hat sie einige Wohnungen erworben, die ohnehin errichtet worden wären. Das heißt, anstatt zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, tritt die BayernHeim in Konkurrenz zu privaten Mitbewerbern. Meine Damen und Herrn, man kann es nicht anders sagen: Das ist ein Debakel, und es wird auch nicht dadurch besser, dass man innerhalb von vier Jahren viermal den Bauminister oder die Bauministerin ausgetauscht hat.

Ähnlich sieht es mit anderen Projekten aus. Bis 2020 wollte der Ministerpräsident 100 % WLAN-Abdeckung im öffentlichen Nahverkehr erreichen. Es waren nur 7,5 %. Die Hochschulreform wird jetzt seit drei Jahren angekündigt. Das letzte Lebenszeichen davon war im Juni 2021. Wir sind gespannt, wann diese Reform, die seit drei Jahren angekündigt wird, mal dieses Parlament erblickt. Das Münchener Konzerthaus wird gerade still und leise beerdigt.

Bei den Solaranlagen auf staatlichen Dächern, die der Ministerpräsident verdreifachen wollte, ergibt eine Anfrage der GRÜNEN, dass weniger als 4 % der staatlichen Gebäude überhaupt Solarpaneele auf den Dächern haben. Das ist symptomatisch gerade für das Thema Energiepolitik, wie es hier von Ihnen behandelt wird. Das ist ja keine Herausforderung, die jetzt plötzlich und überraschend kommt, sondern wir wissen seit elf Jahren, dass wir dieses Jahr die letzten Kernkraftwerke vom Netz nehmen wollen, seit 11 Jahren, übrigens gerade auch auf Betreiben von Ihnen. Der Ministerpräsident, damals Umweltminister, hat so auf die Tube gedrückt. Er hätte ihren Betrieb am liebsten schon 2020 beendet, zwei Jahre früher. 2022 ist es dann geschehen. Was ist in den elf Jahren passiert? Was hat die Staatsregierung gemacht, um die absehbare Lücke beim Strom zu schließen? – Sie hat den Windkraftausbau mit der 10-H-Regelung blockiert, und sie hat den Transport von Windstrom aus dem Norden durch die HGÜ-Leitungen verzögert, indem ihr immer etwas Neues eingefallen ist, wie man den Trassenausbau jetzt noch ein bisschen langwieriger gestalten kann. Der amtierende Wirtschaftsminister lehnt ihn ja ganz ab.

Meine Damen und Herren, so kann man doch keine Politik machen, nämlich dass man immer guckt: Wo ist eine Interessengruppe, der man bloß nicht irgendwie auf die Füße tritt? Wo ist eine Bürgerinitiative, der man auch noch nachgeben kann? – Irgendwo muss der Strom herkommen. Der kommt nicht einfach aus der Steckdose. Sie präsentieren seit elf Jahren kein Konzept. Das ist nicht die Art und Weise, wie man ein Land voranbringt.

Während Sie immer nur große Forderungen nach Berlin schicken, handelt die Ampel; ich zeige Ihnen jetzt mal, wie man das besser machen kann. Die Ampel hat gerade in dieser großen Krise wegen der steigenden Energiekosten durch die Ukraine-Krise in kürzester Zeit ein Paket beschlossen, das die Senkung der Stromkosten durch die vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage umfasst. Es umfasst die Anhebung diverser Frei- und Pauschbeträge für die Bürger. Es umfasst die Anhebung des Heizkostenzuschusses. Es umfasst eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro pro Bürger

als Zuschuss zum Gehalt. Es umfasst einen Einmalbonus zum Kindergeld, eine Einmalzahlung für Sozialhilfeempfänger, eine befristete Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe oder ein günstiges 90-Tage-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr.

Das zeigt: Das sind zwei Politikkonzepte. In Berlin haben wir eine Regierung, die handelt; sie packt die Probleme an. In Bayern haben wir eine Regierung, die so tut, als hätte sie mit der Landespolitik eigentlich nichts zu tun; sie zeigt immer nur mit dem Finger nach Berlin und meckert da rum.

Ihre Bilanz eineinhalb Jahre vor Ende der Legislaturperiode ist dürftig. Es gibt nur eine Ausnahme, wo Sie wirklich geliefert haben, wie man im Haushalt ablesen kann, und das ist die Entwicklung der Staatskanzlei selber. Insgesamt eine dürftige Bilanz, aber – holla, die Waldfee – bei der Staatskanzlei haben Sie ordentlich draufgesattelt. Der Sachaufwand der Verwaltung in der Staatskanzlei ist in der Amtszeit von Ministerpräsident Söder um sage und schreibe 24 % gestiegen. Die Personalkosten sind um sage und schreibe 42 % gestiegen. Ministerpräsident Söder benötigt 40 % mehr Personal als sein Vorgänger Horst Seehofer, um seine Regierungsgeschäfte zu führen. Jetzt frage ich mich: Warum kam Horst Seehofer, warum kam Beckstein, warum kam Stoiber, warum kamen all die Vorgänger mit so viel weniger Personal aus und haben damit übrigens bessere Ergebnisse erzielt?

Rekordhalter ist der Ministerpräsident nicht nur beim Personal, sondern auch bei den Glückwunschschreiben, wie wir jetzt letzte Woche erfahren haben. 635.000 Glückwunschschreiben schickt er im Jahr an Bürger, die alle möglichen Geburtstage haben. Damit übertrifft er die übrigen 15 Ministerpräsidenten zusammengerechnet um mehr als das Dreifache, meine Damen und Herren. Also das sind die Teile, in denen Sie groß sind. Bei allem anderen sind Sie klein. Wir brauchen in Bayern aber keinen Grüßaugust, sondern wir brauchen einen Ministerpräsidenten, der eine Vision für das Land hat. Wir hoffen, dass wir ihn nach der nächsten Landtagswahl dann vielleicht doch bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Josef Zellmeier. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gerade meinen Vorredner gehört; es ist schon erstaunlich. Er wirft unserem Ministerpräsidenten vor, sich zu viel mit Berlin zu beschäftigen, und redet selbst die ganze Zeit von dem, was die Ampelkoalition in Berlin macht. Ob sie es richtig macht, hat er nicht bewertet; aber ich gehe davon aus, dass er gemeint hat, sie machen es richtig. Wir sehen das in vielen Punkten anders.

Ich will aber hier nicht von Berlin reden. Ich will davon reden, dass Sie unserem Ministerpräsidenten auch Dinge vorwerfen, die normal, gut und wichtig sind. Geburtstagsglückwünsche! Über so etwas streitet man normalerweise nicht. Wenn Seniorinnen und Senioren Glückwünsche bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist das doch eine tolle Geschichte und würdigt die Lebensleistung, die es da gibt, in ganz besonderer Weise. Ich weiß, dass sich alle freuen, die die Glückwünsche bekommen. Wer das kritisiert, hat offensichtlich für die ältere Generation wenig übrig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben wir ja auch schon von den anderen Vorrednern gehört. Darauf werde ich aber später noch eingehen.

Der Haushalt 2022 ist wieder ein Haushalt für ein Jahr. Er spiegelt natürlich die nach wie vor vorhandenen Unsicherheiten wieder – Unsicherheiten, die durch die Folgen der Pandemie bedingt sind. Wir haben ja bis vor Kurzem noch viel in ihre Bewältigung investiert. Wir werden das auch weiterhin tun müssen. Wir müssen auch Vorsorge treffen, weil wir nicht wissen, ob die gute Lage der Krankenhäuser anhält, die, Gott sei Dank, nicht überfüllt sind.

Das heißt, hier ist noch viel notwendig. Die Kreditaufnahme, die wir ursprünglich für ein Jahr geplant haben, ist notwendig und wird übrigens – das möchte ich noch sagen und wurde auch schon vorher vom Kollegen Pohl betont, der das richtig dargestellt hat – für drei Jahre reichen. Es ist eine großartige Leistung des Finanzministers Albert Füracker, das so zu planen und die Hand so draufzuhalten, dass die Kreditermächtigung eines Jahres für drei Jahre ausreicht. Das zeigt auch, dass wir sorgfältig und sparsam wirtschaften und gleichzeitig in schwierigen Zeiten kraftvoll dort helfen, wo es notwendig ist – sei es bei der Gesundheit oder der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen.

Ich persönlich begrüße, dass wir ab jetzt viele Vorschriften abgeschafft haben. Bei einigen kann man diskutieren, aber im Großen und Ganzen haben die Menschen jetzt wieder mehr Freiheit. Wir sollten diese Freiheit natürlich auch nutzen. Trotzdem liegt der Schatten des Krieges gegen die Ukraine über uns und bedeutet, dass viele Dinge auf die Menschen zukommen, wie die Aufnahme von Flüchtlingen, auch in der Nachbarschaft. Es wird hier sehr viel geleistet. Ein großes Dankeschön an alle Helfer!

Es gibt aber auch die steigenden Preise bei Lebensmitteln und Energie sowie eine drohende Knappheit. Auch darauf müssen wir uns einrichten. Ich sage mal, all die Kosten für die Zuwanderung und Integration der Flüchtlinge sind ja schon mit 1,67 Milliarden im Haushalt hinterlegt. Man kann darüber streiten, ob diese Summe ausreichen wird. Ich vermute, sie wird nicht ausreichen. Wir haben aber schon jetzt erhebliche Mittel, die wir einsetzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch viele andere Dinge schlagen sich nieder. Wenn in Berlin Entlastungen zum Beispiel bei der Energie beschlossen werden, dann werden vor allem die Steuern gesenkt, an denen die Länder kräftig mitverdienen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir würden uns wünschen, dass die Ampel-Regierung in Berlin die Länder bei der Bewältigung der aktuellen Zuwanderung und der aktuellen Flüchtlingskrise so unterstützt, wie dies früher unter Angela Merkel üblich war.

Wir haben erfreulicherweise auch eine gute Situation auf dem Arbeitsmarkt. Auf ihm spiegelt sich der Krieg in der Ukraine, Gott sei Dank, noch nicht wider. Wir wissen aber nicht, wo der Weg hinführt. Auch das müssen wir berücksichtigen und deshalb sorgfältig wirtschaften. Wir müssen uns deshalb auch auf das Schlimmste vorbereiten, wenn es sich auf den Arbeitsmarkt niederschlagen sollte.

Die Corona-Krise und jetzt die Ukraine-Krise sind eine große nationale Herausforderung für uns. Wir brauchen deshalb eine Politik, die auf Sicherheit setzt, die den Menschen das Gefühl gibt, dass Politik verlässlich ist. Deshalb wollen wir nicht an den Leistungen kürzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe nicht, warum zum Beispiel das Familiengeld oder das Landespflegegeld gerade jetzt, in Zeiten der Unsicherheit, vor allem von den GRÜNEN kritisiert wird. Sie würden es am liebsten abschaffen oder kürzen. Das wäre ein klarer Kahlschlag im sozialen Bereich, den wir jedoch entschieden ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kollege Hartmann hat gesagt, ein dicker Geldbeutel sei kein Garant für gute Politik. Lieber Kollege Hartmann, eines ist in von den GRÜNEN regierten oder mitregierten Ländern garantiert: Man muss sich dort wegen eines dicken oder zu dicken Geldbeutels keine Sorgen machen; denn dort ist die Politik nicht darauf ausgerichtet. Deshalb sind wir froh darüber, dass die finanziellen Verhältnisse in Bayern besser sind als in allen anderen Bundesländern. Dass daran Kritik geübt wird, verstehe ich nicht. Wir geben das Geld für die Menschen in Bayern sinnvoll aus und nicht unsinnig.

Wir wollen vor allem auch die Infrastruktur stärken. Wir wollen für die Dinge Vorsorge treffen, die uns insgesamt wichtig sind. Die Mittel, die wir zum Beispiel bei den Staatsstraßen investieren, haben deshalb das höchste Niveau; denn Staatsstraßen sind wichtig für den ländlichen Raum – sowohl für den Individualverkehr als auch natürlich für den ÖPNV, der auf dem Land auch überwiegend auf den Straßen stattfindet.

Wir haben mit 16 % die höchste Investitionsquote. 11,4 Milliarden Euro sind eine gewaltige Summe für Forschung, Digitalisierung und alles, was zur Infrastruktur beiträgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig kommen wir mit 5,8 Milliarden Kreditermächtigungen aus, die wir, wie gesagt, in den Vorjahren nicht benötigt haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich verstehe die Kritik des ORH nicht ganz. Natürlich kann man die Meinung vertreten, wir sollten die Kreditermächtigungen noch weiter reduzieren; aber ich bin der Meinung, dass es auch wichtig ist, eine solide Rücklage zu haben. Das sieht man jetzt an den 400 Millionen Euro, die in der Nachschubliste noch kommen und die wir der Rücklage entnehmen. Steuerentlastungen, die in Berlin beschlossen wurden, schlagen sich mit diesem Betrag in Bayern nieder. Deshalb ist es wichtig, dass wir kurzfristig reagieren können. Deshalb ist wichtig, dass wir nicht auf den Kreditmarkt angewiesen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle wissen: Wir werden, wenn die Krise hoffentlich bald bewältigt ist, die Möglichkeit, Schulden aufzunehmen, nicht mehr haben; wir müssen dann aber auch noch reagieren können. Darum halte ich es für einen Fehler, wenn man die Kreditaufnahmen noch deutlicher reduziert, als es schon passiert ist, und uns dafür aber die Flexibilität in der Rücklage nimmt.

Wir haben insgesamt schon 3,6 Milliarden Euro an Kreditaufnahme eingespart, nämlich dadurch, dass die Steuereinnahmen höher ausgefallen sind. Das ist auch ein Zeichen, dass wir darauf reagieren. Das ist ein ganz bewusstes Zeichen; denn man hätte ja sagen können: Gut, okay, das war ursprünglich im Entwurf vorgesehen. Wir könnten das jetzt etwa so durchziehen, wie es andere machen, die Kreditermächtigungen in irgendwelche Sondertöpfe oder Sonderfonds schieben. Lieber Herr Kollege Hagen, ich glaube, der Bundesfinanzminister gehört Ihrer Partei an. Er hat die Schuldenbremse damit vielleicht auf dem Papier eingehalten, aber tatsächlich natürlich ganz bewusst gegen sie verstoßen, indem er zweckgebundene Mittel in andere Bereiche verschiebt.

Wir stärken mit diesem Haushalt Wissenschaft und Forschung sowie die HTA-Plus-Initiative. Wir stärken die Kommunen und die kommunale Infrastruktur. Wir legen ein eigenes Investitionsprogramm auf. Allein 10,6 Milliarden Euro sind für die Kommunen. Das sind Mittel nur aus dem kommunalen Finanzausgleich. Das sind nicht Mittel aus dem anderen Bereich, den die Kommunen noch über rein staatliche Leistungen bekommen. Das heißt, wir sind hier bei einem Betrag, der sich wohl auf 17 oder 18 Milliarden Euro summiert. Die Kommunen werden ganz massiv unterstützt.

Wir haben für das Programm "Klimaland Bayern" eine Milliarde Euro. Wir investieren in Bildung und Sicherheit. Bayern ist die Hochburg der Sicherheit. Auch das kostet viel Geld. Innere Sicherheit und Justiz kosten in Bayern allein an die 8 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Kritik an der Staatskanzlei ist nicht berechtigt. Die Staatskanzlei ist hoch leistungsfähig. Sie erbringt gerade in der Krise in Tag- und Nachtarbeit sowie am Wochenende hervorragende Leistungen. Wir können stolz darauf sein, dass die Bayerische Staatskanzlei – damit meine ich auch die komplette Staatsverwaltung; wir sind jetzt ja beim Einzelplan 02 – so hervorragend funktioniert und dass hier wirklich weit Überdurchschnittliches geleistet wurde.

Unser Ministerpräsident vertritt unser Land hervorragend. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn er sich zu Berlin äußert, dann müssen Sie immer auch bedenken: Die CSU ist etwas ganz Besonderes. Sie ist eine Landespartei und eine Bundespartei. Sie müssen das unterscheiden. Ich denke, Ihnen ist die Gabe der Unterscheidung schon gegeben. Sie wollen das wahrscheinlich nicht unterscheiden. Wenn sich der Ministerpräsident als Vorsitzender der CSU äußert, also als Vorsitzender einer bundesweit bedeutenden Partei, dann tut er das zu Recht. Er kritisiert natürlich, so wie Sie es in Berlin, als Sie in der Opposition waren, auch getan haben. Das ist die Aufgabe der Opposition. Herr von Brunn, es gibt genügend Gelegenheiten, das Ihnen gegenüber zu tun.

Der Etat der Staatskanzlei ist mit rund 140 Millionen Euro übrigens kleiner als der Etat des Landtages. Der Stellenaufwuchs beträgt im Haushalt 2022 nur fünf neue Stellen. Hier von einem "drastischen Aufwuchs" zu sprechen, ist völlig übertrieben. Die Arbeitsabläufe werden insgesamt auch möglichst effizient erledigt. Allein die SPD hat für den Haushalt 2022 3.167 neue Stellen beantragt. Das sind über 3.000 neue Stellen, obwohl wir die Stellen bei vielen Einzelplänen erhöhen. Sie fordern einerseits noch einmal über 3.000 Stellen und kritisieren andererseits einige wenige neue Stellen in der Staatskanzlei. Das ist aus meiner Sicht völlig unberechtigt und völlig daneben.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Freistaats Bayern, die in dieser Krise so hervorragende Arbeit leisten, und weise jede Kritik an ihnen zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wichtig ist mir ein Bereich – und ich weise eigentlich bei jedem Haushalt darauf hin –, der im Etat der Staatskanzlei immer etwas untergeht, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung. Er ist aber sehr wichtig, und zwar die Medienpolitik. Hier setzen wir rund 30 Millionen Euro ein und arbeiten dafür, dass Bayern der Medienstandort Nummer eins in Deutschland bleibt. Dazu gehört auch, dass wir die regionalen und lokalen Fernsehsender stärken. Das tun wir aus Überzeugung, weil wir Vielfalt ebenso wollen wie eine hervorragende Berichterstattung bis in die Regionen hinein. Wir wollen nicht, dass wir Fake News zum Opfer fallen, sondern wir wollen die korrekte Berichterstattung, und deshalb unterstützen wir gerade die Infrastruktur in den Sendern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir können insgesamt sagen: Der Haushalt 2022 ist wieder sehr gelungen. Ich danke dem Finanzminister und allen, die an der Erstellung dieses Haushalts beteiligt waren. Ich danke auch dem Koalitionspartner und seinem Sprecher Bernhard Pohl für die gute Zusammenarbeit. Ich bitte Sie, diesen Haushalt tatkräftig zu unterstützen, über die ganzen parteipolitischen Plänkeleien hinaus. In dieser schwierigen Zeit sollten wir möglichst geschlossen handeln und die Parteipolitik hintanstellen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Matthias Fischbach (FDP): Werter Herr Zellmeier, das finde ich jetzt interessant. Sie sagen, wir sollen die Parteipolitik hintanstellen. Gerade hatten Sie uns, die FDP, explizit angesprochen wegen Bundesfinanzminister Lindner und des Sondervermögens für die Bundeswehr. Mit Verweis auf die 100 Milliarden Euro sagten Sie, die Schuldenbremse sei gar nicht eingehalten. Ich finde das sehr interessant, insbesondere vor dem Hintergrund, dass heute vom Obersten Rechnungshof ein Bericht geschrieben wurde, wonach im Landtag vor dem Beschluss des Haushalts noch einmal explizit begründet werden soll, welche konkrete Wirkung die Maßnahmen des Corona-Investitionsprogramms und auch der Hightech Agenda Plus zur Überwindung der Notlage hatten. Gewissermaßen in Klammern möchte ich hinzufügen: Damit ist auch in Bayern die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt worden. Können Sie mir erklären, wo hier die Unterschiede sind? Warum war das von Ihnen gerade keine Parteipolitik?

Josef Zellmeier (CSU): Ich glaube, Sie haben mich da falsch verstanden. Ich habe nicht die Bundeswehr gemeint, sondern die 60 Milliarden Euro Kreditermächtigungen für die Corona-Politik, die in einen Sonderfonds verschoben worden sind. Das war vor der Bundeswehr. Bei der Bundeswehr kann man sich über die Art der Finanzierung streiten, aber das Geld ist unbestritten notwendig, da stehen wir voll dahinter. Da sehe ich keine Kritik, an der Finanzierungsart vielleicht, aber nicht am Betrag als solchem. Sie sprechen an, dass wir in Bayern im Rahmen des Sonderinvestitionsprogrammes, um aus der Krise herauszukommen, sowohl Kredite einsetzen als auch Rücklagen entnehmen; wir tun ja beides. Da besteht ein gravierender Unterschied zu Berlin, wo nicht verbrauchte Mittel in einen Sonderfonds verschoben wurden. Das hat leider Gottes Ihr Finanzminister gemacht. Ich hätte nicht gedacht, dass er so etwas tut.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die AfD-Fraktion die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner.

(Beifall bei der AfD)

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 2016 erhielt der damalige bayerische Finanzminister den Orden wider den tierischen Ernst. Zur Preisverleihung erschien der Geehrte als Märchenkönig Ludwig II. Dieses denkwürdige Ereignis hätte uns schon damals einiges lehren können: die Neigung des Preisträgers zu märchenhaften Luftschlössern und allzu losem Umgang mit den Staatsfinanzen. Der heutige Möchtegernkönig Markus Söder wollte damals Bayern bis 2030 schuldenfrei machen. Doch während der damalige Ministerpräsident Seehofer nur 65 Millionen Euro für seine Staatskanzlei verbrauchte, ist es unter dem heutigen Ministerpräsidenten weit mehr als das Doppelte. 140,5 Millionen Euro müssen es schon sein. Ein nicht geringer Teil dieser Haushaltsmittel dürfte für die Masse an planmäßigen Beamten draufgehen, die seit 2018 zusätzlich eingestellt wurden. 250 Beamte reichen da natürlich nicht. Fleißig wurde der Hofstaat auf 360 aufgestockt. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind 44 % mehr, ohne dass man den Eindruck hat, die Staatsregierung arbeite jetzt um 44 % besser.

Während der Wittelsbacher mittels Fremdkapitals wenigstens nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen im Schlösserbau finanzierte, wird nun im Stile größter Luftschlossarchitektur ganz auf Wolken gebaut. Die bayerische Staatsverschuldung ist während der zum Teil rechtswidrigen Corona-Maßnahmen dieser Regierung um mehr als ein Drittel gestiegen: von knapp 27 Milliarden Euro vor Beginn der Corona-Maßnahmen auf aktuell 37 Milliarden Euro. Damit liegt die bayerische Koalition in Sachen Verschuldung bundesweit an der Spitze. Während Sie, Herr Ministerpräsident, dabei in guter CSU-Tradition Parteispezln durchfüttern, Steuermillionen an die Firma der eigenen Gattin

durchreichen, in meiner Heimat Deggendorf eine islamistische DITIB-Moschee mit Steuergeldern fördern und CSU-Minister in Berlin schon mal mit Bundesgeldern Großbauprojekte in ihren eigenen Wahlkreisen finanzieren, wird bei den raffgierigen Maskendeals der Steigbügelhalter und Hofschranzen fröhlich weggeschaut.

(Beifall bei der AfD)

Während Ludwig II. Bayern in ein attraktives Reiseziel verwandelt hat, wird unsere Heimat unter Markus I. – gewandet in einen herrschaftlichen Umhang aus schwarzem Filz – zu einer Art Korruptionserlebnispark nach dem Vorbild führender Bananenrepubliken. Wie in diesen wird das Volk enteignet, entrechtet und überwacht, nur eben mit feineren Mitteln. Mit direkten und indirekten Steuern, Gebühren, Zwangsabgaben und Sozialabgaben drückt der deutsche Steuerzahler den weitaus größten Teil seiner monatlichen Wertschöpfung an den Staat ab. Zeitgleich wird er durch den EU-Null-Zins-Raubzug und durch die höchste Inflation seit einem halben Jahrhundert enteignet, mit den höchsten Energiepreisen der Welt ausgeblutet, staatlich mittels Kontoabfragen, Zentralregister, Vorratsdatenspeicherung und Staatstrojanern überwacht, in seinen Grundrechten eingeschränkt, weitgehend aus Brüssel fernregiert und darf sich, wenn er einmal dagegen protestiert, als Schwurbler und Nazi beschimpfen lassen. Der ehrlich arbeitende Deutsche hat die längste Lebensarbeitszeit, die niedrigsten Renten und das niedrigste Vermögen aller Bürger größerer EU-Staaten. Einfacher gesagt: Der Deutsche ist die arme Melkkuh Europas.

(Beifall bei der AfD)

Aber Sie erzählen den Bürgern allen Ernstes, die hohen Energiepreise seien für die Inflation verantwortlich. Doch sie sind nur der Auslöser. Die substanzielle Ursache ist vor allem die Geldschöpfung aus dem Nichts durch die EZB. Seit der Euroeinführung hat sich die Geldmenge M3 im Euroraum von rund 7 auf über 14 Billionen Euro erhöht und damit mehr als verdoppelt. Auch deswegen ist die prognostizierte Warenkorbinflation von 7,3 % ein schlechter Witz. Die wahre Inflation errechnet sich aus dem Verhält-

nis der Veränderung der Geldmenge M3 zur Veränderung des BIP und dürfte 2022 real eher bei 15 bis 20 % liegen. Das können wir aus den gegenwärtigen Erzeugerpreisinflationen von rund 26 % ersehen. Wer das negiert, der sollte einfach einmal bei Aldi einkaufen gehen; denn ein Einkauf kostet dort heute nicht mehr 100 Euro, sondern jetzt 125 Euro. Ich frage mich, wie das jetzt weitergehen soll, wie das unsere Familien und unsere Rentner noch bezahlen sollen.

Angesichts dessen ist von Haushaltsdisziplin aber keine Spur zu sehen. Letztens haben Sie 90 Millionen Euro mehr für Asylkosten ausgegeben als vorgesehen. Die aktuelle Massenmigration wird 2015 wohl noch in den Schatten stellen. Während wir alle unseren ukrainischen Freunden helfen wollen, wird unsere Hilfsbereitschaft einmal mehr von Schleusern und Schlepperkonzernen ausgenutzt, um Personen aus ganz anderen Erdteilen im deutschen Sozialstaat zu versorgen. Söder hat uns mit seinen Schmutzeleien die Ampel beschert. Mit Faeser wird es auch weiterhin keine Kontrollen und keinen Grenzschutz geben.

Unter dem Strich bleiben da nur zwei Feststellungen: Die Bilanz der derzeitigen bayerischen Haushaltspolitik ist ein Desaster, und Söder ist der Sargnagel für die CSU.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Petra Högl von der CSU-Fraktion vor, bitte.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrte Frau Ebner-Steiner, Sie haben in Ihrer Rede ausgeführt, dass Deutschland die höchste durchschnittliche Arbeitszeit hätte. Das ist nicht richtig. Ich frage Sie, woher Sie diese Zahlen haben. Deutschland liegt an zehnter Stelle mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 40,7 Stunden pro Woche, während Griechenland an erster Stelle steht mit 43,8 Stunden pro Woche.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Frau Högl, bevor Sie hier gescheit daherreden, schauen Sie lieber, dass der Ministerpräsident bei seinem eigenen Haushaltsplan da ist, damit er sich einmal für die Ausgaben rechtfertigen kann, die er hier macht.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! – Unruhe bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Michael Hofmann. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Haushalt des Ministerpräsidenten als Auftakt für die nächsten drei Tage. 71,1 Milliarden Euro stehen für den Freistaat Bayern allein im Jahr 2022 zur Verfügung. Es wurde bereits gesagt. Wir haben auch dieses Mal einen Einjahreshaushalt. Ich glaube, dass es richtig ist, in Zeiten von Krisen auf Sicht zu fahren, um nicht einen Nachtrag nach dem anderen zu machen. Gleichwohl werden die Ukraine-Krise und der Ukraine-Krieg, von Putins Regime mutwillig und zerstörerisch in Angriff genommen, für uns noch die eine oder andere unliebsame Überraschung bereithalten. Deswegen müssen wir darauf vorbereitet sein, noch weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Man kann allerdings auch sagen, dank der Arbeit unserer Vorgängerinnen und Vorgänger sind wir in der Lage, kurzfristig zu reagieren. Das zeigt im Übrigen auch, sehr geehrter Herr Finanzminister, die Art und Weise, wie auch du wiederum diesen Haushaltsplan engmaschig aufgestellt und dementsprechend dafür gesorgt hast, dass die einen oder anderen verständlichen Wunschträume in den Einzelplänen nicht in den Himmel wachsen. Du hast von Anfang an nach vorne geblickt und dafür gesorgt, dass der Freistaat Bayern auch in Zukunft handlungsfähig ist. Wir brauchen eine gute Mischung aus Investitionen und Schuldenaufnahme. Wir brauchen eine gute Mischung

aus Neueinstellungen von Personal und einer Rücklage, die wir unter Umständen angreifen können, wenn nichts anderes mehr möglich ist. Das ist wirkungsvolle Politik.

Herr von Brunn – er ist jetzt leider nicht mehr im Saal – hat vorhin erzählt, dass Olaf Scholz den Freistaat Bayern so hervorragend unterstützt hätte. Dazu muss ich einmal ganz klar sagen: Diese Bundesrepublik Deutschland wäre ohne den Süden Deutschlands schon längst Konkurs gegangen, wenn nämlich unsere Unternehmerinnen und Unternehmer im Süden nicht die Steuermittel erwirtschaften würden, die er ausgeben kann.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen kommt mir der Dank an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler immer wieder zu kurz. Es wird immer so getan, als wäre es das Selbstverständlichste auf der Welt, dieses Geld auszugeben. Tatsache ist, dass der Freistaat Bayern dieses Geld ausgeben kann, weil wir in der Vergangenheit eine in die Zukunft gerichtete Politik gemacht haben. Wir setzen diese Politik im Übrigen auch fort.

Heute ist beispielsweise von der Opposition kritisiert worden, dass wir für die Hightech Agenda eine Milliarde Euro ausgeben würden, was aber heute nichts helfe. Dies zeigt die ganze Kurzsichtigkeit der bayerischen Opposition. Das macht nichts; in dem Zusammenhang stehen Sie wirklich in der Tradition Ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger. Herzlichen Glückwunsch dazu! Hoffen wir für Bayern, dass Sie auch weiterhin in der Opposition bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Vor dem Hintergrund werden wir noch einmal deutlich machen müssen, dass ein Blick auf eine Zahl reicht, wenn hier kritisiert wird, wie es dem Freistaat Bayern geht. Welches Bundesland war denn in den letzten Jahren ständig Zuzugsland? Wohin gehen denn die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, wenn es ihnen besser gehen soll? – Sie gehen doch nicht nach Schleswig-Holstein, nach Nordrhein-Westfalen oder

nach Mecklenburg-Vorpommern, sondern sie kommen nach Bayern. Natürlich ist das für uns eine große Herausforderung. Natürlich sind darunter Aufgaben, wie zum Beispiel der soziale Wohnungsbau, denen wir uns stellen müssen. Die Menschen kommen doch nicht in den Freistaat Bayern, weil wir eine so schlechte Politik machen. Sie kommen hierher, weil es ihnen hier besser geht als anderswo in Deutschland. Das wird man doch wohl noch sagen dürfen, ohne dass es gleich als Selbstbeweihräucherung disqualifiziert wird.

(Beifall bei der CSU)

Es wäre im Übrigen auch schön, wenn uns andere Bundesländer in dem Zusammenhang einmal nacheifern und zukunftsgerichtete Politik machen würden. Wenn wir aber den sozialen Wohnungsbau betrachten, den Herr von Brunn in Bayern kritisiert, sage ich: Ein Blick nach Berlin genügt, um zu sehen, dass die SPD es, weiß Gott, nicht besser kann. Die Versprechen, die hier abgegeben werden, sind im Grund genommen lächerlich, weil man auch in München, wo Grün und Rot regieren, in der Vergangenheit festgestellt hat, dass diese Parteien dort den Wohnungsbau auch nicht auf die Reihe bringen. Im Landtag tun Sie aber so, als hätten Sie die besseren Konzepte. Im Grunde genommen wollen Sie die Menschen doch nur veräppeln. Ich kann mir nicht erklären, wie Sie zu einem solchen Selbstbewusstsein kommen. Aber ich beglückwünsche Sie wenigstens dazu, Herr von Brunn.

(Beifall bei der CSU)

24,7 Milliarden Euro gibt der Freistaat Bayern für die Bildung aus. 24,7 Milliarden! Lieber Kollege Waschler, auch hier stehen wir in der Tradition unserer Vorgängerinnen und Vorgänger. Warum tun wir das? – Weil wir der festen Überzeugung sind, dass die kommenden Generationen dieses Land auch weiterhin am Laufen halten müssen. Deswegen investieren wir in die Köpfe, und zwar nicht nur in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler, sondern auch in die Köpfe der Lehrerinnen und Lehrer, die dafür sorgen müssen, dass unsere jungen Menschen auf die Zukunft vorbereitet werden.

24,7 Milliarden Euro von 71 Milliarden Euro nur für die Bildungspolitik! Wer sagt, dass der Freistaat Bayern für die Bildung zu wenig tut, kann offensichtlich keine Zahlen lesen.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund mutet es geradezu abenteuerlich an, wenn man die Kritikversuche der Opposition immer wieder hört. Einen Punkt möchte ich herausgreifen, weil ich es für interessant halte, wenn man unserem Bayerischen Ministerpräsidenten vorwirft, er würde so viel Personal in der Staatskanzlei beschäftigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ministerpräsident Weil gibt gemessen an seinem Gesamtetat in seiner Staatskanzlei mehr Geld fürs Personal aus als beispielsweise unser Ministerpräsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Ministerpräsident Kretschmann hat allein von 2021 auf 2022 seine Personalausgaben um 7 Millionen Euro erhöht. Vor dem Hintergrund glaube ich, lieber Herr Staatsminister Florian Herrmann, sind wir weit von dem entfernt, was Sie von den GRÜNEN behaupten. Gott sei Dank sind wir weit davon weg. Wir haben gute Leute in der Staatskanzlei. Dafür sind jeder Cent und jeder Euro gut angelegt, und das im Übrigen auch deswegen, weil wir feststellen, dass die Zukunftsprobleme immer komplexer werden. Sie verzahnen sich immer mehr. Umso wichtiger ist es, dass es einen Überbau gibt, der das Ganze koordiniert und zusammenhält. Auch das muss gesagt werden.

Wenn die Menschen sich darüber ärgern würden, dass sie Glückwunschschreiben von einem Ministerpräsidenten bekommen, hätten wir das in der Zwischenzeit bemerkt. Genau anders ist es der Fall. Sie freuen sich darüber, dass Politiker nicht nur in der Lage sind, Reden zu halten, sondern auch Lebensleistungen anerkennen. Als Bürgerbeauftragter, der in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt ist, sage ich ganz klar: Wenn Demokratie nicht mehr kommuniziert wird, ist sie am Ende. Wir müssen eben kommunizieren.

Die Anschreiben, die den Ministerpräsidenten erreichen – das sehen Sie doch in Ihrem E-Mail-Posteingang auch –, müssen doch beantwortet werden. Heutzutage muss doch ein Schreiben, das ein Bürger oder eine Bürgerin – ich will das gar nicht kommentieren, sondern ich stelle es einfach nur fest – an den "sehr geehrten Herrn Ministerpräsidenten" richtet, auch vom Ministerpräsidenten beantwortet werden. Wollen Sie, dass er in Zukunft auf solche Anschreiben gar nicht mehr reagiert? Da möchte ich Ihre Kritik, dass sich der Ministerpräsident für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes keine Zeit mehr nimmt, nicht hören. Das ist fadenscheinige Kritik. Egal, wie man es macht: Man kann es Ihnen nie recht machen. Das ist aber auch in Ordnung; denn die Menschen draußen im Land haben es längst durchschaut.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Einzelplan. Wir haben hervorragende Arbeit geleistet und haben noch Großartiges vor. Das schaffen wir nur gemeinsam.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Ministerpräsidenten brauche ich gar nicht zu begrüßen. Man muss es sich vorstellen: Tausend Kilometer von uns entfernt gibt es Präsidenten, die Tag und Nacht für die Freiheit ihres Volkes kämpfen. Unserer ist nicht einmal in der Lage, die Debatte über seinen eigenen Haushaltsplan zu ertragen.Schämen Sie sich dafür, Herr Ministerpräsident in Abwesenheit; andere Worte fallen einem dafür nicht mehr ein.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not. – So abgedroschen der Spruch auch ist, so viel Wahrheit liegt doch auch in ihm. In einer Zeit, in der die Friedensdividende noch kräftig sprudelte, in einer Zeit, in der Staaten 110 Millionen Euro ausbezahlt bekamen,

als sie sich für zehn Jahre mit 100 Millionen Euro verschuldeten, war auch für die Bayerische Staatsregierung die Welt noch in Ordnung.

Gewiss war die Bemühung zu erkennen, Schulden abzubauen, aber sich Mühe zu geben, reicht im Leben allein leider nicht aus. Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende vor Augen zu haben und das Ende zu bedenken. Diese Sichtweise fehlt nicht nur dem gesamten Haushaltsplan, sondern sie war und ist speziell dem Stellenzuwachs des Einzelplans 02 völlig fremd. Seit 2018 hat sich der Personalstand des Geschäftsbereichs unseres Herrn Ministerpräsidenten – wir hörten es gerade schon – um 44 % erhöht. In diesem Jahr, in dem alle Bürger den Gürtel enger schnallen, erhöht er sich noch einmal um vier Stellen sowie um zahlreiche hoch dotierte Beförderungen.

Dem Bürger auf der Straße stellt sich ganz lapidar die Frage: War Seehofer seinerzeit so gut, dass er mit 250 Mitarbeitern zurechtkam, oder ist Söder so schlecht, dass er nun 360 Mitarbeiter braucht – und das alles, ohne dass sich die Arbeit in der Staatskanzlei auch nur irgendwie geändert, geschweige denn letztlich verbessert hätte?

Aus gutem Grund gilt das Alimentationsprinzip für die Menschen, die dem Staat in herausragender Position dienen – dem Staat und eben nicht dem Ministerpräsidenten. Weil das so weit in die haushalterische Zukunft unseres Staates reicht, ist es von uns umso sorgsamer anzuwenden. Diese Sorgfalt haben Sie, sehr geehrter abwesender Herr Ministerpräsident, eben nicht walten lassen. Wir gehen davon aus, dass Sie nach diesem Appell der einzig verbleibenden Opposition viele der für Sie extra geschaffenen Stellen sinnstiftend an andere Ministerien abgeben.

Um die Dramatik Ihres Tuns zu verdeutlichen, will ich zumindest die von Ihnen verantwortete implizierte Staatsverschuldung beziffern, die für die spätere Pensionszahlung der 110 aufgebauten neuen Stellen, die Sie Seehofer voraushaben, im Raume steht. Bei einer Durchschnittspension von 4.000 Euro und einer Bezugsdauer von 20 Jahren

ergeben sich 115 Millionen Euro und sogar in etwa 150 Millionen Euro, wenn man die zu erwartenden Witwenrenten sowie diverse Beihilfeleistungen dazurechnet.

Was steht davon im Haushaltsplan? – Ganz klar nichts. Sie müssen das im Haushalt auch gar nicht ausweisen, aber natürlich ist es gut, darüber zu reden. Das wäre ehrlich; denn es sind 150 Millionen Euro an Steuergeld, das später eben nicht anderweitig investiert werden kann. Das ist die Passivseite der Generationenbilanz, zu der alle Ausgaben zählen, für die ein Staat rechtswirksame Verpflichtungen eingeht, ohne entsprechende Rücklagen zu bilden. In anderen Ländern wird damit transparent umgegangen; in den USA hängt so etwas ganz weit oben. Hier verschweigen wir es, verschweigen Sie es Ihren Bürgern. In der Kreide stehen dafür letztlich unsere Kinder und Enkelkinder.

"Der Haushalt ist der Nerv des Staates: Daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden." – Diese Worte stammen von Richelieu und rufen nach Wahrheit und Klarheit im Haushalt. Wir bitten die Staatsregierung ganz dringend darum, diesen Prinzipien zu entsprechen; denn wir sind als die letzte Oppositionskraft auch und besonders bei Haushaltsfragen Auge und Ohr unserer bayerischen Bürger. Als Freiheitspartei sind wir uns eben nicht zu schade dafür, die Repression Ihrer Regierung zu erdulden, um unseren Auftrag zu erfüllen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik und das Königsrecht des Parlaments. Es geht also gar nicht in allererster Linie um die Betrachtung der Zahlen, sondern um die dahinterliegenden politi-

schen Ideen und um die dahinterliegenden politischen Grundsätze, über die natürlich trefflich gestritten werden kann.

Deshalb danke ich den Rednern der Regierungsfraktionen für ihre heutigen bedeutenden Haushaltsreden, also den Kollegen König, Pohl, Zellmeier und Hofmann. Bei Ihnen war zu spüren, dass Sie den Haushalt in den Beratungen im Vorfeld, aber auch im Haushaltsausschuss und in den anderen Ausschüssen geprägt, durch und durch verinnerlicht und in diese von der politischen Einheit aus Staatsregierung und den Regierungsfraktionen getragene politische Idee gegossen haben. Deshalb herzlichen Dank für diese klaren und guten Worte, die genau den Geist widerspiegeln, der hinter diesem Zahlenwerk steckt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deutlich weniger gelungen – ich muss das in aller Offenheit sagen – waren die Ausführungen der Opposition zum Haushalt. Das ist nicht ganz verwunderlich, allerdings sind Sie in typische Oppositionsstereotype zurückgefallen, die man vielleicht wie folgt zusammenfassen kann: Erstens Personen – bevorzugt den Ministerpräsidenten – diffamieren und zweitens das Land und unsere Politik insgesamt schlechtreden.

(Zuruf)

– Das werden wir ja sehen. Ich halte mal fest, lieber Herr Hartmann: Ihre Rede heute war gar nicht mal so gut. Es war eigentlich eine bemerkenswert uninspirierte Rede aus dem Musterbuch für Oppositionsreden, wenn ich das mal so auf den Punkt bringen darf,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

die vor allem dem Realitätscheck nicht standgehalten hat. Sie haben eine ganze Reihe von Punkten, die Ihnen wichtig sind, ins Schaufenster gestellt, aber den Realitätscheck nicht gemacht, wie es tatsächlich in Bayern aussieht. Wenn ich es mir recht

überlege, war es eigentlich eine Neidrede; denn man merkt natürlich den Neid, dass die Dinge hier halt doch viel besser laufen, als Sie es sich vielleicht wünschen würden.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zurufe)

Jedenfalls wurden und werden die Weichen in Bayern nach wie vor richtig gestellt. Das vergönnen Sie natürlich der Staatsregierung und den Regierungsfraktionen nicht; darum glaube ich, dass das einfach eine Neidrede gewesen ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben außerdem über einige Punkte gesprochen, dabei aber völlig verkannt, was die zentralen Punkte des Haushalts sind. Die Redner der Regierungsfraktionen haben es deutlich herausgestellt: Das sind natürlich die Bildung als zentraler Ausgangspunkt für die Chancen der Menschen in Bayern, das Setzen sozialer Standards, was der Freistaat wie kein anderes Land in Deutschland tut, die Hightech Agenda, die Grundlagen für die Arbeitsplätze der Zukunft bei uns in Bayern legt, und das große Paket des Klimaschutzes, das wir auch hier in Bayern realisieren können.

(Zuruf)

– Lieber Kollege Hartmann, wir haben allerdings festgestellt, dass Ihnen offenbar einige der Punkte wie zum Beispiel der Sozialhaushalt entgangen sind – schon im vorletzten und letzten Haushalt ein wuchtiges Paket. Sie haben ihn einfach schlechtgeredet. Das Pflegegeld ist etwas Besonderes, was wir in Bayern ganz bewusst machen.

(Zuruf)

Dass Sie es schlechtgeredet haben, finde ich irritierend, weil ich meine, die Pflegeleistungen der Angehörigen, die zwei Drittel der zu pflegenden Menschen in Bayern zu Hause pflegen, sollte man nicht kleinreden und nicht diffamieren, sondern würdigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Familiengeld ist eine ganz zentrale Säule unserer Sozialpolitik.Es ist eben eine echte Entlastung für Familien in Bayern. Eine echte Entlastung, nicht eine Fata-Morgana-Entlastung, wie sie jetzt von der Ampel kommt, mit "9 für 90", wie das so propagandistisch heißt, aber wo nichts dahintersteckt. Hinter dem Familiengeld stecken 6.000 bzw. 7.200 Euro in zwei Jahren, wenn man das voll ausnutzen kann als Familie. Hinter "9 für 90" stecken dreimal neun Euro. Das sind 27 Euro. Also, ich glaube, den Unterschied merkt man sehr deutlich, und ich halte es schon für problematisch, dass Sie einfach ignorieren, was wir in unserem Haushalt an deutlichen sozialen Anpassungen, an sozialen Leistungen beschließen.

Meine Damen und Herren, bei dem Kollegen von Brunn muss ich mich immer wieder fragen, ob er sich bei seinen Reden eigentlich selbst zuhört. Sie fangen am Anfang mit einem extrem hohen Maßstab an, dass wir uns angesichts der Ukraine-Krise nicht in der kleinen Parteipolitik verlieren sollten. Aber man muss natürlich sagen, dass man relativ schnell merkt, dass Sie relativ elegant schnell unter Ihrem hohen Maßstab durchschlüpfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das waren die allgemeinen Beschimpfungen des Ministerpräsidenten. Das kennen wir ja schon.

(Zuruf: Wo ist er denn?)

Aber ich würde mal sagen, dass Sie hier eigentlich nicht ganz so selbstbewusst auftreten sollten, wenn man sich mal die Bilanz der Ampel in den letzten Monaten, seit Regierungsbeginn ansieht.

(Zuruf)

Die Ampel in Berlin ist von vornherein und bis heute im totalen Chaosmodus. Es ist ein einziges Durcheinander, was von Berlin geliefert wird. Ob es Corona ist, wo Lauterbach Chaos liefert,

(Zuruf)

ob es die Bundeswehr ist, wo Frau Lambrecht Chaos liefert – es ist ein einziges Durcheinander. Wir bekommen nicht einmal vernünftige Gesetze, die wir bei Corona vernünftig umsetzen könnten. Das kritisieren nicht nur wir, das kritisiert sogar Frau Schwesig.

(Zuruf)

Also, ich würde sagen, Herr von Brunn: Nicht ganz so weit oben auf dem hohen Ross! Hochmut kommt vor dem Fall, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Kollege Hagen ist jetzt nicht da. Vorher hat er kritisiert, dass der Ministerpräsident nicht anwesend ist, obwohl er hier war – halten wir das noch mal fest –, aber jetzt ist er nicht mehr da. Ihm muss ich natürlich auch sagen, dass er einfach mal ins Grundgesetz schauen soll. Da stehen die Zuständigkeiten drin, wofür der Bund zuständig ist und wofür das Land zuständig ist.

Wir sind hier Landespolitiker, also wäre es auch Ihre Aufgabe, Herr Kollege Hagen, sich um die Landesfragen zu kümmern – und übrigens auch darum, dass der Bund den Ländern nicht Dinge überträgt, für die sie nicht zuständig sind und für die sie entsprechend auch kein Geld ausgeben sollten. Sie sollten den Bund mahnen, sich um seine Angelegenheiten zu kümmern und dort die Länder zu unterstützen, wo es vom Grundgesetz vorgesehen ist. So ist die grundgesetzliche Ordnung, und die gilt natürlich auch für die FDP.

Im Übrigen sind wir hier bei der Zweiten Lesung des Haushalts, wie Sie alle wissen. Ich halte es für wohlfeil, immer wieder zu kritisieren, Herr von Brunn, Herr Hagen, der Ministerpräsident sei nicht anwesend.

Ich halte nur mal fest:

(Zuruf)

Der Ministerpräsident hat wie kein einziger Ministerpräsident sonst in Deutschland seit Amtsantritt 20 Regierungserklärungen gehalten. 20 Regierungserklärungen!

(Zuruf)

Das sind nicht fünfminütige Regierungserklärungen, sondern Reden mit anschließender dreistündiger Diskussion. Von daher geht das alles völlig daneben, und ich halte das für völlig falsch. Abgesehen davon will ich in Richtung der Ampel noch einmal betonen: Sie kritisieren immer an dem Personal herum oder an fünf Stellen, die es jetzt vielleicht in der Staatskanzlei mehr sind. Haben Sie sich schon mal überlegt, wie viele Personen eigentlich zur Bundesregierung gehören? – Das sind nämlich neben dem Kanzler und den 8 Ministern sowie weiteren 8 Ministerinnen mit 27 Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretären insgesamt 54 Personen. Und das sind nicht Regierungs- oder Oberregierungsräte,

(Zuruf)

sondern alles Parlamentarische Staatssekretäre. Ich rede noch nicht einmal von den verbeamteten Staatssekretären, wo alle möglichen Lobbyisten untergebracht wurden, in höchstdotierten Beamtenstellen im Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Zur AfD kann ich nur sagen: Diese sarkastischen, hasserfüllten Reden sind wir hier jetzt leider schon gewohnt, aber ich würde dringend raten, dass Sie das mal untersuchen lassen. Dieses krude Durcheinander ist völlig deplatziert. Sie, Herr Böhm, und die anderen sind natürlich nicht die letzte Oppositionspartei, sondern ehrlich gesagt, sind Sie das Letzte!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich halte also fest: Unser gesamter Haushalt steht für Stabilität und Zukunft in unsicheren Zeiten. Wir sehen uns einer Häufung der schwierigsten Herausforderungen gegenüber, die wir uns alle nicht ausgesucht haben, und dieses zeitliche Zusammenfallen macht es nicht gerade einfach: Wir haben den Klimawandel als ganz zentrale Herausforderung der gesamten Weltgemeinschaft, wir haben die Corona-Pandemie, die uns seit zwei Jahren, bei uns und überall auf der Welt, auf Trab hält, und wir haben eine Eskalation durch einen nicht provozierten Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine.

Die Bilder zeigen das Ausmaß einer unglaublichen Barbarei, mit der wir aktuell konfrontiert sind. Das wirkt sich natürlich auf viele Bereiche aus, sei es die Energieversorgung, seien es die Lieferketten. Aber vor allem geht es natürlich um das Schicksal der Menschen in der Ukraine, die auf der Flucht sind, die sich zu uns auf den Weg machen, um die wir uns kümmern. Das ist also eine ganz beträchtliche Herausforderung auf vielen Gebieten, auf vielen Feldern und natürlich entsprechend auf allen Gebieten der Landespolitik mit den entsprechenden Auswirkungen auf unsere Staatsfinanzen.

Wir sind erfreulicherweise in Bayern in der Lage, dass wir nicht Mangel verwalten – die Kollegen haben das bereits ausgeführt –, sondern wir sind in der Lage, in die Zukunft des Landes zu investieren, trotz und angesichts dieser Herausforderungen, wo es ja auch ganz besonders wichtig ist.

Wir verdanken das den Menschen in unserem Land, die sich in den letzten Jahren nicht entmutigen haben lassen, die auch durch Unterstützung des Staates zum Beispiel durch Corona-Hilfen nicht aufgegeben haben, sondern immer versuchen, das Beste aus der Lage und aus der Situation zu machen.

Aber wir verdanken das, lieber Kollege Füracker, auch der soliden Finanzpolitik des Freistaats Bayern und der Bayerischen Staatsregierung, nämlich dem vorausschauenden Agieren, das wir seit vielen Jahren kennen und das uns Spielräume in einer Krise eröffnet, die nicht geplant war, die nicht planbar war. Deshalb sollten wir wirklich stolz

darauf sein, dass Bayern als einziges Bundesland von Standard & Poor's nach wie vor mit dem Spitzenrating AAA/A-1+ ausgezeichnet wird, und das halten wir auch für richtig; denn es zeigt die Solidität unseres Finanzmanagements.

Es ist nicht nur politisch vernünftig, sondern es ist natürlich auch eine Verpflichtung, eine politische und moralische Verpflichtung, dass wir mit den Steuergeldern, die von unseren Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden, auch verantwortungsbewusst, solide und vorausschauend umgehen.

Das Gesamtvolumen beträgt 71,1 Milliarden Euro. Das ist sehr viel und in etwa auf dem Vorjahresniveau. Dennoch ist es, um weiterhin gut durch die Corona-Krise zu kommen, auch in diesem Jahr unumgänglich, von der Ausnahmeregelung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse Gebrauch zu machen. Allerdings reicht trotz der 5,8 Milliarden Euro, um die es sich dabei handelt, die vom Landtag für 2020 und 2021 eingeräumte Schuldenobergrenze von rund 20 Milliarden Euro auch für das nunmehr schon dritte Corona-Krisenjahr aus.

Das ist ein wesentlich seriöseres Haushaltsgebaren – das betone ich noch mal, auch mit Blick auf die Ausführungen vom Kollegen Hagen –, als es der Bund an den Tag legt, der Kreditermächtigungen voll ausschöpft und einfach für andere Zwecke als die ursprünglich vorgesehenen verwendet. Diese Art von Finanzjonglage gibt es in Bayern nicht. Das halten wir auch für richtig so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich zeige jetzt noch mal anhand von einigen Punkten, dass der bayerische Staatshaushalt für das Jahr 2022 kein Haushalt der Krisenbewältigung ist, sondern ein Haushalt der Zukunft, weil das der entscheidende Punkt ist. Das kann man zum Beispiel an der Investitionsquote festmachen, die von 14 % auf 16 % steigt. 11,4 Milliarden Euro an Investitionen sind eine ganz zentrale Kennziffer eines Haushalts. Wir haben damit genügend finanziellen Spielraum, um Themen anzupacken, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes, für unseren Wohlstand und für die Lebensqualität, für

unsere Leistungsfähigkeit auch in den internationalen Verpflichtungen von großer Bedeutung sind.

Da ist zunächst einmal die große Herausforderung des Klimaschutzes. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung "Klimaland Bayern" ein Klimaschutzprogramm aufgelegt, für das über die sonstigen Klimamaßnahmen hinaus in diesem Haushalt rund 1 Milliarde Euro bereitgestellt werden.

Traditionell geht der größte Teil des Staatshaushalts in die Bildung: 24,7 Milliarden Euro, damit über ein Drittel der Gesamtausgaben. Das ist auch der entscheidende Punkt: denn damit fördern wir natürlich Schülerinnen und Schüler, die Kinder und Jugendlichen in unserem Land, und schaffen in diesem Zusammenhang übrigens auch wieder neue Stellen für Schulen, nämlich 1.250 – davon 1.120 Lehrerstellen – in diesem Haushalt.Das ist eine bedeutende Investition in unsere Jugend.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen aber die Menschen, vor allem die jungen Menschen, auch in die Lage versetzen, den raschen Wandel unserer Welt mitgestalten zu können. Deshalb führen wir die Technologieoffensive, die Hightech Agenda mit Ausgaben in Höhe von fast 1 Milliarde Euro fort. Für den Hochschulbereich sehen wir rund 5,8 Milliarden Euro vor. Dadurch schaffen wir die ganz zentrale Voraussetzung dafür, dass wir bei Entwicklung und Nutzung von Schlüsseltechnologien, von Innovationen der Zukunft, in Bayern unseren Platz an der europäischen, aber in vielen Bereichen auch an der Weltspitze festigen und stärken können, weil dort die Arbeitsplätze der Zukunft liegen.

Ein Punkt, der heute vielleicht noch etwas zu kurz kam, sind die Kommunen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Dort werden, wie wir alle wissen – häufig sind wir selbst beteiligt –, Entscheidungen getroffen, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vor Ort betreffen. Handlungsfähige Kommunen sind deshalb eine ganz zentrale Säule unserer Demokratie. Aus diesem Grund setzt die Staatsregierung die traditionell starke finanzielle Unterstützung der Kommunen wieder fort und wendet für den kom-

munalen Finanzausgleich 10,56 Milliarden Euro auf. Damit erreichen wir einen neuen Höchststand, weil wir um 244,6 Millionen Euro mehr aufwenden als 2021. Aber wir sind überzeugt davon, dass das Geld bei den Kommunen eine sinnvolle Verwendung findet.

Der Bereich der inneren Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und ein Aushängeschild der Politik des Freistaats Bayern seit vielen Jahrzehnten. Wir haben in diesem Haushalt 500 neue Stellen für die Polizei vorgesehen, sodass wir auf unserem Kurs bleiben, den Personalkörper bei der Polizei zu stärken. Zwischen 2017 und 2023 haben wir dort 3.500 Stellen neu geschaffen. Das Polizeibudget umfasst knapp 500 Millionen Euro für Einsatz- und Betriebsmittel und damit 35 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Das ist ein Rekordwert, meine Damen und Herren!

Ich weise noch darauf hin, dass die Staatskanzlei für ihre Aufgaben angemessen ausgestattet sein muss, was Personal und Mittel betrifft. Natürlich ist die Staatskanzlei in allererster Linie die Behörde des Ministerpräsidenten, die ihn unterstützt bei seinen Aufgaben, die Richtlinien der Politik zu bestimmen und die Politik in Bayern zu koordinieren. Da laufen gewissermaßen die Fäden zusammen.

Darüber hinaus läuft aber auch vieles, was unbedingt notwendig ist, zum Beispiel die intensiven Außenkontakte in unsere Regionen hinein, gerade auch während der Corona-Pandemie. Aber auch unabhängig davon bewährt sich die Affinität Bayerns zu Auslandskontakten und zur Freundschaft mit vielen Regionen. Ich danke der Kollegin Melanie Huml dafür, dass Sie diese Aufgabe gerade auch jetzt in dieser schwierigen Phase mit dem Krieg in der Ukraine so vorbildlich wahrnimmt. Ich danke ihr sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin auch froh, dass es in diesem Jahr gelungen ist, die europäischen und internationalen Schüler- und Jugendaustausche in eine neue Form zu gießen, nämlich in unsere Stiftung "Jugendaustausch Bayern". Ich glaube, wir können jetzt optimistisch in

das noch vor uns liegende Jahr schauen und hoffen, dass dann, wenn Corona es zulässt, Schüleraustauschreisen und all diese Dinge, die so wichtig sind, wieder möglich sein werden. Es geht uns darum, darin zu investieren, dass gerade junge Menschen weltoffen sind, dass sie offen sind für andere Weltgegenden. Deshalb sind diese Auslandsbeziehungen so entscheidend wichtig.

Wir freuen uns auch auf den G7-Gipfel, der wieder zeigen wird, dass Bayern ein weltoffenes Land ist, aber auch ein Land, das sicher ist. Ich verweise darauf, dass der letzte Gipfel der erste seit langen Jahren war, bei dem keine einzige Glasscheibe zu Bruch gegangen ist. Wir stehen für Weltoffenheit und für Sicherheit. Deshalb freut es uns, dass die Bundesregierung entschieden hat, diesen G7-Gipfel erneut in Bayern durchzuführen.

Außerdem weise ich noch darauf hin, dass die Staatskanzlei auch – Kollege Zellmeier hat es dankenswerterweise erwähnt – für die Medienpolitik zuständig ist, also für den Kernbereich dessen, was unsere freiheitliche Demokratie ausmacht: Meinungsvielfalt und Qualitätsjournalismus, für die wir natürlich logischerweise nicht selber zuständig sind, weil das System hier darin besteht, eine Staatsferne zu haben. Aber es geht darum, zu koordinieren und die entsprechenden Stellen zu fördern, und darum, sich um Medienwirtschaftspolitik und Ansiedlung von vielen Medienunternehmen im Umfeld von München, aber auch in ganz Bayern zu kümmern, um hochwertige lokale und regionale Radio- und Fernsehangebote zu fördern und zu unterstützen. Wir haben das gerade angesichts der Corona-Krise gemacht, weil es uns wichtig war, dass die vielfältige bayerische Medienlandschaft nach der Corona-Krise nicht weniger vielfältig ist, als sie es vorher war. Das haben wir mit entsprechenden zusätzlichen Mitteln sehr gut lösen können.

Meine Damen und Herren, abschließend danke ich dem Parlament für die Beratungen und für die Zustimmung jedenfalls der Regierungsfraktionen. Ich halte es für wichtig, immer wieder zu betonen, dass die Regierungsfraktionen dem Haushalt zugestimmt haben, nicht, wie ich jetzt mal unterstelle, das gesamte Parlament. Wie man den

Reden entnehmen kann, wird es wohl Gegenstimmen geben. Ich sage das, weil draußen häufig dem gesamten Parlament für den Haushalt gedankt wird, obwohl nur die Regierungsfraktionen zugestimmt haben, während die anderen Fraktionen genau diesen Haushalt massiv bekämpft haben. Das sollte man immer wieder deutlich herausstellen.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich danke auch dafür, dass sich heute – das hat mich fast erstaunt – in den verschiedenen Wortbeiträgen der Opposition die allgemeine Beschimpfung der Beamtinnen und Beamten der Staatsregierung sehr stark in Grenzen gehalten hat. Das finde ich sehr erfreulich. Da ist ein gewisser Lerneffekt erkennbar im Vergleich zur letzten Haushaltsberatung, wo das sehr stark im Vordergrund der Ausführungen vor allem des Redners der SPD stand. Das ist nämlich immer der Fehler, wenn man die Politik angreifen will, die Beamten zu diffamieren, die nichts anderes als ihre Arbeit machen, und zwar – das betone ich – auf einem extrem hochwertigen, auf einem außerordentlich kompetenten Niveau. Wir können froh sein, dass das bayerische Staatsbeamtentum so ist, wie es ist, und die vielen Beamtinnen und Beamten an ihren Stellen eine exzellente Arbeit machen, was ich an dieser Stelle ausdrücklich würdigen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nachdem wir jetzt den Einzelplan für die Staatskanzlei beraten, halte ich es für angemessen, an dieser Stelle auch dem Ministerpräsidenten für seine Arbeit zu danken,

(Zuruf)

insbesondere angesichts der großen Herausforderungen der Corona-Krise, die uns alle im höchsten Maße auf Trab gehalten hat und die auch beim Ministerpräsidenten zu einer enormen Arbeitsleistung geführt hat, aber eben nicht nur zu Arbeit, sondern auch zu einer klaren Führung, einer klaren Vision für diese Regierung und für diese

Koalition. An dieser Stelle können wir ihm dafür ein herzliches Wort des Dankes aussprechen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo! – Zuruf)

– Vor allem Sie nicht, Herr von Brunn. Aber das wundert mich nicht.

(Zuruf)

Der Einzelplan 02 ist insgesamt sachgerecht und gemessen an den hohen und vielfältigen Anforderungen auch maßvoll und angemessen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Staatsminister. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst vom Kollegen Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Staatsminister Dr. Herrmann, es war in der Vergangenheit selbstverständlich, dass die Ministerpräsidenten Stoiber und Seehofer ihre Haushalte im Bayerischen Landtag selbst vorgestellt, begründet, erklärt und verteidigt und auch Nachfragen beantwortet haben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Regierungschefs in allen Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland die Generalaussprache eröffnen oder sich zumindest an der Generalaussprache beteiligen.Auch in Bayern hat dies eigentlich eine lange Tradition. Ministerpräsident Söder bricht diese Tradition nun; und ich frage Sie, warum. Er verpasst heute eine Chance, seine Visionen für den Freistaat Bayern dem Landtag zu erklären. Er hätte die Möglichkeit gehabt, hier einen klaren Pflock einzuschlagen. Stattdessen vermittelt er den Eindruck, dass ihn die Niederungen der Landespolitik eher nerven als begeistern, und dass er nicht bereit ist, mit dem Parlament auf Augenhöhe zu diskutieren. Könnten Sie uns bitte diesen Traditionsbruch erklären?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Rinderspacher, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Markus Rinderspacher (SPD): Die Regierungserklärungen können es nicht sein. Auch Herr Seehofer und Herr Stoiber haben Regierungserklärungen formuliert.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Lieber Herr Vizepräsident, die Karos sind heute wieder sehr klein, die Sie beschreiben. Mir ist es völlig neu, dass es irgendwelche Traditionen gibt, wer wann an welchen Debatten teilnimmt. Der Haushalt ist in erster Linie die Verantwortung des Finanzministers, der die ganze Zeit anwesend ist. Am Donnerstag wird es dann zur Aussprache kommen. Die Idee, dass es hier wie im Bundestag gemacht werden sollte, ist mir neu. In den letzten Jahren war das nicht so.

Ich wiederhole: Es gab 20 Regierungserklärungen. Der Großteil davon entfiel auf Corona und andere Themen. Das soll erst einmal ein Ministerpräsident nachmachen, auch in SPD-geführten Ländern. Wenn wir so weit sind, dann reden wir wieder über die Aussprache zum Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch eine weitere Intervention von Herrn Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Bitte.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Herrmann, meinen Ausführungen möchte ich noch eine Bemerkung zu den 18 Regierungserklärungen vorausschicken: Man kann 18-mal sehr wenig sagen und trotzdem reden. Eine Regierungserklärung ist immer dann gut, wenn sie einen Inhalt hat.

Ich wollte Ihnen aber etwas ganz anderes sagen: Sie haben mich gerade als "das Letzte" bezeichnet. Ich sage Ihnen ehrlich: Das trage ich mit frohem Herzen; denn ich trage das für eine Million bayerische Bürger, die uns als einzig wahre Opposition verstehen und die bei der letzten Landtagswahl uns gewählt haben. Diese Menschen werden niemals wieder die CSU wählen, und sie werden auch Sie nie mehr wählen. Ihre sprachlichen Entblößungen, die Sie dem Hohen Haus eben dargelegt haben, sind ein weiterer Schritt in Richtung 30 % für die CSU. Herr Staatsminister, dafür danke ich Ihnen herzlich, auch im Namen meiner ganzen Fraktion. Danke schön!

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Das meinte ich vorhin mit den sarkastischen und bösartigen Formulierungen, die Sie einfach einmal untersuchen lassen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2022, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/20190 und 18/20191, 18/20224 und 18/20225, 18/20317 mit 18/20324 sowie 18/20478 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/21894 zugrunde.

Zunächst ist über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form abzustimmen.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung" auf Drucksache 18/20319. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Ich sehe keine fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen" auf Drucksache 18/20324 abstimmen. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen gibt es keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/21894 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2022 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/21894, weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 18/20478 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20190

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen (Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 18/20191

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Stellenumsetzungen zur Stärkung der Innenrevisionen der Ministerien (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20224

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung (Kap. 02 02 neuer Tit.)
   Drs. 18/20225

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter (Kap. 02 01 Tit. 422 01)
   Drs. 18/20317

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Bezüge der abgeordneten Beamten
   (Kap. 02 03 Tit. 422 31)
   Drs. 18/20318

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
   (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
   Drs. 18/20319

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Eine-Welt-Promotorinnenprogramm
   (Kap. 02 03 Tit. 682 53)
   Drs. 18/20320

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Markus Bayerbach, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
   Haushaltsplan 2022;
   hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen
   (Kap. 02 03 Tit. 685 53)
   Drs. 18/20321

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Markus Bayerbach u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Förderung der internationalen Beziehungen Bayerns
    (Kap. 02 03 Tit. 687 53)
    Drs. 18/20322

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
    (Kap. 02 03 Tit. 698 54)
    Drs. 18/20323

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2022;
    hier: Europaangelegenheiten und internationale Beziehungen
    (Kap. 02 03 Tit. TG 53)
    Drs. 18/20324